

DER TSCHECHISCHE KATHOLIZISMUS
NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG
AUS DER SICHT DES HEILIGEN STUHLS

An der Schwelle der neuen Zeit

Papst Benedikt XV., der physisch eher unscheinbare letzte Hocharistokrat auf dem Stuhl Petri, der 1918 dem Zusammenbruch einer ganzen alten Welt beiwohnen musste, hat sowohl für das innere Leben der katholischen Kirche als auch für ihr Verhältnis zur modernen Welt, zu Phänomenen wie Staat, Nation, Demokratie und Massengesellschaft sowie zum Komplex der sozialen Fragen entscheidende Weichen gestellt. Gewissermaßen begleitete er so die katholische Kirche in das zwanzigste Jahrhundert.¹

Öffnung und Ausgleichsbereitschaft, zugleich tiefe Verankerung im Fundament der Glaubenslehre, Disziplin und Tradition und leidenschaftliche Hingabe an die zutiefst religiös verstandene, wenngleich durchaus „weltlich“ wirksame und sichtbare Idee des Friedens kennzeichneten das Pontifikat des Genuesen Giacomo Della Chiesa. Es stand für Öffnung und Befriedung nach außen, als Benedikt XV. an die Staatslehre seines großen Vorgängers Leo XIII. anknüpfte. Sie besagte, dass keine Staatsform an sich die Präferenz der Kirche für sich beanspruchen kann, deren einziges Kriterium im Verhältnis zum Staat die *libertas Ecclesiae* und der Respekt für die Würde des Menschen sei.² In Weiterführung dieser Linie sowie der eigenen Unparteilichkeitsmaxime aus der Kriegszeit gelang es Benedikt XV., sich von Bindungen an bestimmte Staatsformen und an wirkliche oder vermeintliche „katholische Staaten“ und ihre aristokratischen Träger zu lösen, zumindest bedingt die Wirksamkeit des nationalen und demokratischen Prinzips im politischen und sozialen Leben anzuerkennen und der krisengeschüttelten Welt ein Friedenskonzept anzubieten, das in der Erfüllung der „gerechten und legitimen Wünsche“ der in einer Völkerliga vereinten Nationen und dem christlich definierten „Äquilibrium der Wahrheit“ fundiert war.³ Zugleich stand es für Ausgleichsbereitschaft und Befrie-

¹ Vgl. *Pollard*, John F.: *Il papa sconosciuto. Benedetto XV (1914-1922) e la ricerca della pace* [Der unbekannt Papst. Benedikt XV. (1914-1922) und die Suche nach dem Frieden]. Cinisello Balsamo, Milano 2001.

² Vgl. die Enzykliken *Leos XIII. Immortale Dei*. In: *Acta Sanctae Sedis* (Im Folgenden: ASS) 18 (1885) 162-179. – *Libertas*. In: ASS 21 (1888) 597-613. – *Sapientiae Christianae*. In: ASS 22 (1889-1890) 387-389.

³ Benedikt XV. entwickelte das Konzept der „gerechten und legitimen Aspirationen der Völker“ als Grundlage des Friedens in mehreren öffentlichen Enuntiationen. – Vgl. vor allem den Friedensappell vom Juli 1915: *Benedetto XV ai popoli ora belligeranti ed ai loro capi* [Benedikt XV. an die nun Krieg führenden Völker und ihre Oberhäupter]. In: *La Civiltà Cattolica* 3 (1915) 257-260, aber auch die Friedensnote vom 1.8.1917. In: *La Civiltà*

derung nach innen, als Benedikt XV. bei voller Bestätigung der substantiellen Inhalte der gegen den Modernismus gerichteten Aussagen seines Vorgängers manchen Übereifer in den innerkirchlichen Auseinandersetzungen beseitigte und unbegründete Verdächtigungen fallen ließ. Die ausdrückliche Respektbezeugung für freie theologische Meinungsäußerung – *salva fide ac disciplina* – band er gleichwohl an die Verpflichtung, einmal gefallene Entscheidungen der Kirche zu respektieren und konflikträchtige Lagerbildungen und Differenzierungen „zwischen Katholiken und Katholiken“ zu vermeiden.⁴ Zudem disziplinierte er im Geiste des augustinischen Verständnisses von Frieden als „Ruhe der Ordnung“ das innerkirchliche Leben durch neue Kodifizierung des kanonischen Rechts.

Benedikt XV. erkannte den Wert der Nation als natürlicher Gemeinschaft und das nationale Gefühl als Quell von Tugenden sowie als stabilitätsstiftendes Fundament von Staaten, dessen Respektierung in den Bereich des vierten Gebotes eingebunden wurde, durchaus an. Dies galt freilich nur, soweit es sich in die christlich gedeutete Dialektik des Einzelnen und des Ganzen einfügte und nicht zum übersteigerten Nationalismus entartete, der die Nation zum absoluten Wert erhob und den universellen Charakter der Menschheit aus dem Blickfeld verlor. Dieser egoistische Nationalismus wurde als die größte Gefahr für den Frieden und die katholische Lehre verurteilt. Das Maß an Gerechtigkeit der Ansprüche wurde am primär religiös definierten „allgemeinen Wohl“ des Volkes und dem Grad der Respektierung von Ansprüchen der Nachbarn gemessen.⁵

Dieser Vorstellungswelt entsprang auch die erste, überraschend schnelle Antwort des Papstes auf die im Spätherbst 1918 entstandene Situation in Mitteleuropa. Mit Hinweis auf den besonderen religiösen Zweck der Kirche, die „sich allen berechtig-

Cattolica 3 (1917) 385-389. Deutsche Übersetzung in: *Steglich*, Wolfgang (Hg.): Der Friedensappell Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917 und die Mittelmächte. Diplomatische Aktenstücke (...) aus den Jahren 1915-1922. Wiesbaden 1970, 210 ff. – Zum neueren wissenschaftlichen Diskurs vgl. *Rumi*, Giorgio (Hg.): *Benedetto XV e la pace – 1918* [Benedikt XV. und der Friede – 1918]. Brescia 1990.

⁴ Enzyklika *Ad beatissimi Apostolorum Principis*. In: *Acta Apostolicae Sedis* (Im Folgenden: AAS) 6 (1914) 565-581. – Vgl. auch *Tramontin*, Silvio: *Un secolo di storia della Chiesa. Da Leone XIII al Concilio Vaticano II* [Ein Jahrhundert Kirchengeschichte. Von Leo XIII. bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil]. Band 1. Roma 1980, 135-136.

⁵ Die Haltung des Papstes zur nationalen Frage manifestierte sich unter anderem in dem bereits zitierten Friedensappell vom Juli 1915 und in seiner Friedensnote vom 1.8.1917, beide veröffentlicht in der *La Civiltà Cattolica* 3 (1915) 257-260 resp. 3 (1917) 385-389, sowie in seinen Enzykliken *Ad beatissimi Apostolorum Principis*. In: AAS 6 (1914) 565-581 und *Pacem Dei Munus*. In: AAS 12 (1920) 209-218. – Siehe auch die ausführlichen zeitgenössischen Analysen *Nazionalismo e amor di patria secondo la dottrina cattolica* [Nationalismus und Vaterlandsliebe nach der katholischen Lehre]. In: *La Civiltà Cattolica* 1 (1915) 420-421, und *Le „giuste aspirazioni dei popoli“* [Die gerechten Hoffnungen der Völker]. In: *Ebenda* 2 (1918) 490-502. – Vgl. *Rumi*, Giorgio: *La Santa Sede e gli Stati Successori 1918-1922* [Der Heilige Stuhl und die Nachfolgestaaten 1918-1922]. In: *Tassin*, Ferruccio (Hg.): *Il tessuto cristiano della Mitteleuropa (1919-1989)* [Das christliche Gewebe von Mitteleuropa (1919-1989)]. Gorizia 1994, 15-27. – *Morozzo della Rocca*, Roberto: *Le nazioni non muoiono. Russia rivoluzionaria, Polonia indipendente e Santa Sede* [Die Nationen sterben nicht. Die Russische Revolution, das unabhängige Polen und der Heilige Stuhl]. Bologna 1992, 249.

ten und legitimen territorialen und politischen Veränderungen anpassen kann“, wies er den Kardinalstaatssekretär an, über den Wiener Nuntius so schnell wie möglich in freundschaftliche Beziehungen mit den „zu neuen Staaten konstituierten Nationalitäten“ zu treten und nach dem Fall der staatlichen Intermediation sofort direkte Beziehungen mit den jeweiligen Bischöfen und Gläubigen aufzunehmen.⁶ Durch ihre Präsenz in Umbruchzeiten sollten die Interessen der Kirche vertreten und ihre zukünftige Stellung in den neuen Staaten gesichert werden. Die durch Krieg und staatliche Ingerenz gelockerten Bande zwischen den Ortskirchen und Rom wollte man wieder festigen, den Anspruch des Papstes auf Freiheit in kirchlichen Entscheidungen manifestieren, die vielfachen Erschütterungen ausgesetzten Gläubigen der Fürsorge des Papstes versichern und dadurch zwei großen Gefahren begegnen: der Säkularisierung und dem Nationalkirchentum.

Der Abschied vom Jahrhunderte alten Erbe war freilich nicht leicht. Mit dem Zerfall Österreich-Ungarns als letzter sich als katholisch definierender Großmacht ging ein politischer und kultureller Ordnungsfaktor unter, der auch eine religiöse Dimension besaß und an dessen Stelle ein von Instabilität, liberal-laizistischem Geist und revolutionären Umwälzungen geprägtes Vakuum zu treten drohte. Zugleich aber wurden im Vatikan auch die Defizite der Vergangenheit erkannt. In den Veränderungen nach 1918 sah man eine Gelegenheit, den nicht desinteressierten und von vielfachen Ingerenzen in kirchliche Angelegenheiten begleiteten „Schutz“ der Staaten abzuschütteln und die unter der Glasglocke des schützenden und zugleich behindernden Staatskatholizismus erstarrten, viel zu staatsloyal oder nationalistisch gewordenen Episkopate, Priester und Gläubigen zur Ordnung zu rufen und einen innerkirchlichen Erneuerungsprozess einzuleiten, in dem die Kirche durch Vertiefung des Glaubens und mehr Respekt für die Autonomie des Temporalen die Schäden der vergangenen Entwicklungen wiedergutmachen konnte. Gleichzeitig sollte aber gegen die Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Raum und die Reduktion der Religion ad forum conscientiae angekämpft und im Zeitalter der Säkularisierung ihre öffentliche Präsenz manifestiert werden. Damit wollte man dem christlichen Ideal als sozialem Organisationsprinzip zum Durchbruch verhelfen.

Einer solchen Zielsetzung kam in der jungen Tschechoslowakei besondere Aktualität zu, in der sich im Gefolge der im Herbst 1918 neu gewonnenen Nationalstaatlichkeit eine heftige antikatholische Welle erhob. Die tschechische politische und geistige Trägerschicht des neuen Staates, die vom liberalen und sozialistischen Gedankengut geprägt war, betrachtete die katholische Kirche als Handlangerin Österreichs und Habsburgs, Feind der tschechischen Nation sowie des allgemeinen Fortschritts und forderte eine „Entösterreicherung“, die sich im Hinblick auf die Kirche zum Schlagwort verdichtete: „Wir haben mit Wien aufgeräumt, wir werden

⁶ Dopo gli Ultimi. Benedikt XV. an den Kardinalstaatssekretär Gasparri am 8.11.1918. In: AAS 10 (1918) 579. Vgl. auch Archivio della S. Congregazione degli Affari Ecclesiastici Straordinari, Città del Vaticano (Im Folgenden: AA.EE.SS.), Austria 1918-1920, posizione (im Folgenden pos.) 1336, fascicolo (im Folgenden fasc.) 529, Telegramm des Staatssekretärs Gasparri an Nuntius Valfrè vom 8.11.1918.

auch mit Rom aufräumen.“⁷ Antirömische Ressentiments wurden zum einigenden Band der traditionell dominanten geistigen Strömungen der tschechischen Nationalbewegung, des liberalen Laizismus und des Neohussitismus, der die historische Gestalt Jan Hus jedoch nicht mehr mit seinen kaum mehr bekannten religiösen beziehungsweise theologischen Anliegen verband, sondern durchaus säkular im Lichte eines zurückprojizierten nationalen und sozialen Programms und vor allem als Verkörperung einer populären antirömischen Haltung sah.⁸ Diese Stimmungen in der tschechischen Gesellschaft mündeten nun entweder in einen mächtigen Ruf nach Säkularisierung des öffentlichen Lebens und der Trennung von Kirche und Staat, oder in Bemühungen um nationalkirchliche Emanzipation von der katholischen Universalkirche. Alle Prager Regierungen bekannten sich bis in die Mitte der zwanziger Jahre programmatisch zur Trennung von Kirche und Staat. Obgleich keine einheitliche Meinung darüber bestand, wie die angestrebte Separation geregelt werden sollte, teilte man im Allgemeinen die Überzeugung, dass der Staat auch nach ihrer Verwirklichung auf seine souveränen Rechte gegenüber der Kirche nicht verzichten könne. Auch wenn dies im Widerspruch zum Trennungsgedanken stand, fanden auch die antirömisch gesinnten kirchlichen Reformbewegungen und nationalkirchlichen Bestrebungen eine zumindest bedingte Unterstützung gewichtiger politischer Spitzen, die darin eine Vervollständigung der Nationalstaatlichkeit, die Förderung einer homogenen tschechischen beziehungsweise tschechoslowakischen Nationalkultur⁹ oder zumindest die willkommene Stärkung des staatsnationalen Geistes in

⁷ Allgemein zur Lage der katholischen Kirche in den böhmischen Ländern nach 1918 siehe z. B. *Podivínský, Mirek*: Kirche, Staat und religiöses Leben der Tschechen in der Ersten Republik. In: *Bosl, Karl/Seibt, Ferdinand* (Hgg.): Kultur und Gesellschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. München, Wien 1982, 227-240. – *Slapnicka, Helmut*: Die Kirchen in der Ersten Republik. In: *Seibt, Ferdinand* (Hg.): Bohemia sacra. Das Christentum in Böhmen 973-1973. Düsseldorf 1974, 333-344. – *Šebek, Jaroslav*: Der tschechische Katholizismus im Spannungsfeld von Kirche, Staat und Gesellschaft zwischen den Weltkriegen. In: *Maner, Hans-Christian/Schulze Wessel, Martin* (Hgg.): Religion im Nationalstaat zwischen den Weltkriegen 1918-1939. Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien. Stuttgart 2002, 145-156. – *Hrabovec, Emilia*: Der Heilige Stuhl und die Slowakei 1918-1922 im Kontext internationaler Beziehungen. Frankfurt am Main u. a. 2002, 32-46. – *Schulze Wessel, Martin*: Tschechische Nation und katholische Konfession vor und nach der Gründung des tschechoslowakischen Nationalstaates. In: *Bohemia* 38 (1997) 311-327. – Vgl. auch die ausführlichen Situationsberichte des Wiener Nuntius an den Staatssekretär, AA.EE.SS., Austria, fasc. 519, pos. 1320.

⁸ Vgl. dazu *Pech, Stanley Z.*: Czech Socialism in a Historical and Comparative Perspective. In: *Canadian Slavonic Papers* 24/2 (1982) 139-151. – *Schulze Wessel, Martin*: Konfessionelle Konflikte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik: Zum Problem des Status von Konfessionen im Nationalstaat. In: *Maner/Schulze Wessel* (Hgg.): Religion im Nationalstaat zwischen den Weltkriegen 1918-1939, 73-101, hier 80.

⁹ Die neu gegründete Tschechoslowakische Kirche proklamierte am 10. 1. 1920: „Es wird kein freies tschechoslowakisches Volk geben, sofern es kein freies Gewissen des Einzelnen vor Gott geben wird. Jetzt liegt es an jedem Einzelnen, sich durch den Austritt aus der Römischen Kirche und den Eintritt in die Tschechoslowakische Kirche zu beweisen, daß er ein Interesse für die Freiheit des eigenen Gewissens, für die moralische Hebung seines Volkes hat (...).“ Zitiert nach *Peroutka, Ferdinand*: Budování státu [Der Aufbau des Staates]. Band 3, 1398. Vgl. dazu auch *Schulze Wessel*: Tschechische Nation und katholische Konfession 319 f.

der Kirche sahen. In einem Elaborat über die Grundsätze der tschechoslowakischen Politik gegenüber dem Heiligen Stuhl vom Februar 1920 hieß es dazu:

Die Berechtigung und die Nützlichkeit der Mehrheit dieser Reformforderungen auch vom staatlichen Standpunkt steht außer Zweifel. Eine demokratisierte und nationalisierte Kirche könnte dem Staat niemals so gefährlich werden wie eine von einer fremden Macht absolutistisch regierte Kirche.¹⁰

Eine pseudoreligiös-konfessionelle Definition der Nation, wie sie in Anlehnung an nationalreformatorische Traditionen und in Diskussionen um den Sinn der tschechischen Geschichte versucht wurde, fand freilich auch in den Regierungskoalitionen der ersten Monate keine ungeteilte Akzeptanz: Widerspruch kam unter anderem von der Mehrheit des sozialdemokratischen Lagers, die sich entweder dem Stichwort „Religion ist Privatsache“ verpflichtet fühlte oder die nationale Emanzipation nicht durch eine nationale Konfessionalisierung, sondern im Gegenteil den Antiklerikalismus beziehungsweise die Kirchenfeindlichkeit ergänzen und vervollständigen wollte.

Unter diesen Umständen gerieten die tschechischen Katholiken, die einem von heftigen politischen und ideologischen Anschuldigungen begleiteten Säkularisierungsschub ausgesetzt waren und dem emotionalen Impetus, positivistisch-rationalistischen Gedankengängen sowie der nationalkirchlichen Anziehungskraft einer die Nationalbewegung tragenden Ideenwelt selbst nicht ganz immun gegenüber standen, in eine Krise, die sie äußerlich an den Rand der Gesellschaft zu drängen und innerlich zu zerreißen drohte.

Wenngleich die sich sehr unübersichtlich präsentierende Situation in Rom zuerst eine abwartende Haltung ratsam erscheinen ließ, um Schritte zu vermeiden, die „heute getan, morgen schaden würden“,¹¹ forderte der Wiener Nuntius Teodoro Valfrè di Bonzo mit bemerkenswerter Entschlossenheit rasche Sofortmaßnahmen. Sie sollten der antirömischen Stimmung in der tschechischen Gesellschaft und den national motivierten Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche zumindest die unmittelbaren Zielscheiben nehmen. Bereits Anfang November 1918 schlug er die Entfernung des Erzbischofs Paul Huyn aus Prag vor, da er bei aller Anerkennung seiner persönlichen Qualitäten und tiefen Frömmigkeit einen weiteren Verbleib des Ordinarius, der von vielen als „Kreatur der österreichischen Politik“ empfunden würde und sich auch auf Grund einer manchmal zu großen menschlichen Strenge nicht die nötige Vertrauensbasis im Klerus habe schaffen können, für ausgeschlossen

¹⁰ Vgl. das Elaborat „Überlegungen über die Verhandlungen mit Rom“ vom Februar 1920. In: Archiv Ministerstva zahraničních věcí České republiky (Archiv des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen Republik. Im Folgenden AMZV), II/3, Karton 31.

¹¹ In der Sitzung der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten am 28. 6. 1919, die sich unter anderem mit der Notwendigkeit der Neuumschreibung der Diözesanstruktur der Tschechoslowakei als Folge der neuen Grenzziehung befasste, meinte Kardinal Granito di Belmonte: „Wir müssen Zeit gewinnen. Was man heute täte, könnte morgen nicht nützen“, und Kardinal Frühwirth pflichtete ihm bei: „Es wäre sehr gefährlich, definitive Entscheidungen zu treffen, bis man klar sieht.“ – Vgl. AA.EE.SS., Rapporti Sessioni S.C.AA.EE.SS., fasc. 73, Sessione 1227, 28. 6. 1919.

hielt. Im personellen Wechsel erblickte er darüber hinaus die Gelegenheit, an die Spitze der unruhigen Diözese einen Tschechen zu stellen, der das Vertrauen der Gläubigen genießen, aber auch der Regierung gegenüber „das Eis brechen“ und so die Kirche erfolgreich durch die Klippen der Revolution steuern würde.¹² Der pragmatische Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri teilte offensichtlich diese Meinung, da er den in Cheb (Eger) weilenden Huyn bereits am 4. November 1918 telegraphisch anwies, nicht nach Prag zurückzukehren und ihn fünf Tage später sogar er suchte, die Republik zu verlassen.¹³

Das Auftreten der Reformer und die Auseinandersetzungen um die Erneuerung der Jednota

Die bewegte Atmosphäre der Umbruchszeit zog auch die tschechische Priesterschaft in ihren Bann. In Anknüpfung an ältere Reformideen, die einst insbesondere im Schoße der 1907 wegen Modernismus-Vorwurf aufgelösten tschechischen Priesterorganisation „Jednota katolického duchovenstva“ (Einheit der katholischen Geistlichkeit) gelebt hatten, und unter dem Eindruck der modernen politischen, sozialen und nationalen Prinzipien, die nun linear auf die katholische Kirche übertragen wurden, formierte sich in den Reihen des tschechischen Klerus eine breite, wenngleich innerlich recht heterogene und Zeichen einer Orientierungslosigkeit nicht verbergende Reformströmung. Sie forderte die Ablösung fremdnationaler Bischöfe, die Einführung der Nationalsprache in die Liturgie, „demokratische“ Mitbestimmung für Priester und Laien in der Kirche, die Wahl von Pfarrern und Bischöfen und die Abschaffung des Priesterzölibats, des Breviergebets und des Klerikergewands. Im nationalrevolutionären Enthusiasmus war sie gar bereit, die angestrebten Ziele selbst mit Hilfe des Staates gegen die eigene kirchliche Obrigkeit zu erkämpfen.¹⁴

Eine der ersten Handlungen des auf Vorschlag des Wiener Nuntius eingesetzten Prager apostolischen Administrators Bischof Josef Doubrava war die Genehmigung der Statuten der sich reorganisierenden Jednota. Diskussionen um die Wiederbelebung der Priestervereinigung hatten Rom bereits Monate zuvor beschäftigt. Kardinalstaatssekretär Gasparri hatte Ende 1917 den Nuntius beauftragt festzustellen, warum die böhmischen Bischöfe seinerzeit die tschechische Priesterunion aufgelöst, die deutsche jedoch beibehalten hatten. Die Begründung Huyns, dass die deutsche Union im Gegensatz zur tschechischen die Kompetenz einer Priester-

¹² AA.EE.SS., Austria 1918-1921, pos. 1411, fasc. 567, Valfrè an Papst Benedikt XV. am 1.11.1918. – *Ebenda*. Maglioni (Nuntius in Bern) an Gasparri am 11.11.1918. – *Ebenda*. Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Valfrè an Gasparri am 25.11.1918.

¹³ AA.EE.SS., Austria 1918-1921, pos. 1411, fasc. 567, Gasparri an Valfrè am 4.11. und 10.11.1918.

¹⁴ Zur Genese und inhaltlichen Ausgestaltung des Reformprogramms siehe *Urban*, Rudolf: Die Tschechoslowakische Hussitische Kirche. Marburg an der Lahn 1973, 13-19. – *Marek*, Pavel: Apogetové nebo kacíři? Studie a materiály k dějinám české katolické moderny [Apogeten oder Ketzer? Studien und Materialien zur Geschichte der tschechischen katholischen Moderne]. Rosice u Brna 1999. – Vgl. auch AA.EE.SS., Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Valfrè an Gasparri 1.12.1918, Anlagen. – *Ebenda*. fasc. 520, Denkschrift der Jednota an Valfrè 2.3.1919.

organisation nie überschritten und somit keinen kanonischen Grund zur Auflösung geliefert hätte, wurde zwar in Rom zur Kenntnis genommen. Für die Zukunft wurde es aber als unhaltbar angesehen, da

wenn die Union des deutschen Klerus, wenngleich fraktioniert [...] in Diözesaneinheiten, fortbestehen bleibt, dem tschechischen Klerus nicht verweigert werden darf, ebenfalls eigene Unionen zu haben, ohne die notwendige Unparteilichkeit zu verletzen und Unannehmlichkeiten hervorzurufen.¹⁵

Kardinal Raffaele Scapinelli, vormalis Nuntius in Wien, gab zwar in seinem Votum für die Konsistorialkongregation zu bedenken, dass in Böhmen „leider auch der Klerus aktiv an den Gefühlen und der Politik der jeweiligen Nation teilnimmt“ und dass daher die Existenz von radikal geführten und sich in die nationale Politik einmischenden Priesterorganisationen (beider Nationen) aus kirchlicher Sicht in gegebener Situation nicht wünschenswert wäre. Er räumte jedoch auch ein, dass die Unionen, sollten sie „gut inspiriert und gut geführt“ werden und politischen Fragen aus dem Wege gehen, nicht wenige spirituelle und materielle Vorteile für den Klerus bringen könnten. Schließlich empfahl er, unter der Voraussetzung der politischen Abstinenz und Unterordnung unter die bischöfliche Autorität Diözesanverbände beider Nationen zu genehmigen.¹⁶

Als Bischof Doubrava trotz ausdrücklicher Weisung der Bildung eines interdiözesanen Verbands zustimmte, ließ man ihn in Rom vorerst gewähren. Dies entsprach nicht nur der generell abwartenden Linie, sondern auch der anfänglichen Unterschätzung der quantitativen Stärke und der Sprengkraft der tschechischen Reformbewegung, der man zuerst, nicht zuletzt unter dem Einfluss der tschechischen Ratgeber Metod Zavoral, Mořic Picha und Antonín Cyril Stojan, durch Milde und Überzeugungskraft Herr zu werden hoffte. Im November 1918 glaubte Valfrè noch, dass die Reformforderungen nicht über gewisse Zugeständnisse im Bereich der tschechischen Liturgiesprache hinausgehen würden.¹⁷

Optimistisch blieb der Wiener Nuntius auch noch Ende Februar und Anfang März 1919, als er für eine Woche Prag besuchte. Diese ungewöhnlich lange und in Anbetracht der bewegten Umstände diplomatisch mutige Reise bezeugte, wie sehr dem Heiligen Stuhl daran lag, zu den neuen Staaten gute Beziehungen anzuknüpfen und die durch die Wirren des Krieges und der Revolution gelockerten Bande der örtlichen Kirchen zum Papsttum wieder zu festigen. Im Verlauf der Visite führte Valfrè mehrere längere Gespräche mit Vertretern des tschechischen Klerus, die er wiederholt dazu ermahnte, stets im Geiste des *sentire cum Ecclesia* zu handeln, in allen Äußerungen eine angemessene Form und Sprache zu bewahren und auf keine unannehmbaren Reformen, wie der Abschaffung des Zölibats, zu drängen, sich ansonsten jedoch in allen berechtigten Anliegen vertrauensvoll an den Heiligen Vater zu wenden. Die Vertreter der Jednota, Xaver Dvořák und Josef Stejskal, überreichten dem Nuntius eine ausführliche schriftliche Adresse. Die Kritik der in einem etwas hol-

¹⁵ AA.EE.SS., Austria 1918, pos. 1262, fasc. 509, S.C. Concistoriale, August 1918.

¹⁶ *Ebenda*.

¹⁷ AA.EE.SS., Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Valfrè an Gasparri 25.11.1918 und 8.12.1918.

prigen Latein verfassten Schrift richtete sich vor allem gegen den ehemals österreichischen Staat, dem sie eine parteiische und feindselige Berichterstattung über den tschechischen Katholizismus und die häufige Ernennung von Nichttschechen, die kein Vertrauen der Gläubigen genossen, zu Bischöfen in den böhmischen Ländern vorhielt. Darin sah die Adresse auch die Ursache dafür, dass das Verhältnis der tschechischen Katholiken zu Rom geschwächt worden sei und der Papst sich zu Unrecht eine ungünstige Meinung über das tschechische Volk gebildet habe. Ihre Autoren hofften, dass der Wegfall der österreichischen Intermediation im Verhältnis zum Oberhaupt der katholischen Kirche und die Ernennung von tschechischen Bischöfen die Situation in Zukunft entspannen werde. Zum Schluss kündigten sie an, eine Delegation zu entsenden, die dem Papst die Forderungen des tschechischen Klerus in schriftlicher Form vorlegen würde.¹⁸

Der päpstliche Diplomat verhandelte in Prag auch mit politischen Vertretern des Staates, überbrachte dem Präsidenten eine in der Tagespresse mit positiver Resonanz veröffentlichte Grußbotschaft des Papstes und erhielt vom ihm eine – allerdings ziemlich vage formulierte – Absichtserklärung, mit dem Heiligen Stuhl diplomatische Beziehungen anknüpfen zu wollen. Dem Nuntius fiel dabei auf, dass dem Präsidenten insbesondere die *Causa Huyn* am Herzen lag und er die Rückkehr des Erzbischofs nach Prag kategorisch ausschloss. Ähnliche auch in kirchlichen Kreisen geäußerte Meinungen bestätigten Valfrè in der Überzeugung, dass die angespannte Situation lediglich durch die Ernennung eines neuen tschechischen Erzbischofs zu lösen sei. Er verließ Prag schließlich mit der nicht ganz zutreffenden Meinung, dass manche Priester aus dem Umkreis der Jednota zwar bereits sehr radikale und mit der katholischen Lehre unvereinbare Haltungen verträten, die Reformbewegung im allgemeinen jedoch nur einen kleinen Teil des tschechischen Klerus erfasst habe und durch die Kombination eines strengen Vorgehens gegen die Radikalen mit einem Entgegenkommen gegenüber berechtigten Wünschen zu bewältigen sei.¹⁹

In den folgenden Wochen begann man in Rom den vollen Ernst der Lage zu erkennen. Dies geschah teilweise unter dem Eindruck der allgemeinen Gärung auch in anderen, von revolutionären Umwälzungen erschütterten Gebieten der ehemaligen Donaumonarchie, insbesondere in Ungarn, wo sich ein Priesterrat gebildet hatte, der die Unterstützung der liberal-sozialistischen Regierung genoss und dessen radikalste Führer im sozialrevolutionären Elan wenig später gar der Räterepublik Béla Kuns ihre Zusammenarbeit anbieten sollten. Es lag aber vor allem am Eindruck, den die programmatischen Erklärungen der Führer der Jednota selbst hinterließen. Aus dem Rundschreiben eines der führenden Köpfe der Jednota, Bohumil Zahradník-Brodský, vom Dezember 1918, dem Verlauf der Plenarversammlung der Priestervereinigung im Januar 1919, der programmatischen Schrift „*Obnova církve katolické*“ (Erneuerung der katholischen Kirche) vom April 1919 und der immer unveröhnlicher gestimmten öffentlichen Atmosphäre wurde das Ausmaß der radikalen

¹⁸ AA.EE.SS., Austria, fasc. 654 (alte Registratur), Valfrè an Gasparri 8.3.1919 und Anlage II., Zuschrift der Jednota vom 2.3.1919.

¹⁹ AA.EE.SS., Austria, fasc. 654 (alte Registratur), Valfrè an Gasparri am 8.3.1919. Zur Prager Visite Valfrès vgl. auch *Hrabovec: Der Heilige Stuhl und die Slowakei* 111-121.

Forderungen ersichtlich. Sie hätten in ihrer radikalsten und auch in der Jednota nur von einer Minderheit vertretenen Variante die Umbildung der katholischen Kirche nach presbyterial-synodalem Muster und rationalistisch-utilitaristischen Erwägungen in eine von unten aufgebaute, mit weitgehender Selbstständigkeit von Rom ausgestattete, letztlich der staatlichen Souveränität untergeordnete nationalkirchliche Organisation bedeutet.²⁰ Nach wie vor blieb man aber in der Nuntiatur wie im Vatikan überzeugt, dass die so genannten Reformer (riformisti) nur eine kleine, aber sehr laute Gruppe bildeten, die sich dank der vom Staat gewährten Unterstützung und der Schwäche der übrigen Priesterschaft der meisten katholischen Organisationen und Presse bemächtigt hätte und nun vorgeben würde, den gesamten tschechischen oder gar tschechoslowakischen Klerus zu vertreten. Doch auch über die „Guten“, wie die romtreuen Reformgegner bezeichnet wurden, bildete man sich in Rom keine besonders günstige Meinung. Man charakterisierte sie als durch die Agitatoren allzu entmutigt, innerlich gelähmt und von „tausend Rücksichten“ befangen, um sich durch ein offenes Auftreten wider die Reformer gegen den Strom zu stellen und das schmerzliche Risiko der öffentlichen Angriffe und der Marginalisierung auf sich zu nehmen.²¹

Die Suche nach den Ursachen der Krise

Dieses harte Urteil wurde freilich von einer nicht minder schonungslosen Suche nach Ursachen und Gründen der Krise in den tschechischen katholischen Reihen begleitet. Dabei unterschied man zwischen den allgemeinen Ursachen, die auf die von der modernen Philosophie und dem Liberalismus bewirkte Evolution politisch-geistiger Werte und Prinzipien zurückgeführt und als Bestandteil eines breiten Säkularisierungsprozesses in Europa erkannt wurden, und den partikularen tschechischen Kausalzusammenhängen.²² Bei der Analyse der letzteren ging der Wiener Nuntius hart mit dem österreichischen Erbe ins Gericht. Er war ein überzeugter Gegner des österreichischen Staatskirchentums und der extensiven, die Position des Staates stärkenden Auslegung des königlich-ungarischen Oberpatronatsrechts. Wegen seiner Kritik an den Beziehungen des ungarischen Episkopats zur liberalen Politik und an der aktiven Mitwirkung des protestantischen Ministerpräsidenten István Tisza als Vertreter des Palatins bei der Krönungszeremonie Karls IV. hatte er bereits kurz nach seiner Ankunft in Wien einen ersten Konflikt mit der Budapester Regierung und dem Primas riskiert.²³

²⁰ AA.EE.SS., Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Valfrè an Gasparri 1.12.1918, Anlagen. – *Ebenda*, fasc. 520, Denkschrift der Jednota an Valfrè vom 2.3.1919.

²¹ AA.EE.SS., Austria 1919-1920, pos. 1351, fasc. 542, Valfrè an Gasparri 20.6.1919. – Siehe auch *ebenda*. Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Valfrè an Gasparri 1.12.1918.

²² Zu dieser Unterscheidung siehe den Artikel: Condizioni ecclesiastiche e politiche della Boemia [Die kirchliche und politische Lage Böhmens]. In: *La Civiltà Cattolica* 4 (1919) 170-174.

²³ Vgl. dazu *Kovács*, Elisabeth: Krönung und Dethronisation Karls IV., des letzten Königs von Ungarn im Spiegel vatikanischer Dokumente. In: *Coreth*, Anna/*Fux*, Ildefons (Hgg.): *Servitium Pietatis*. Festschrift für Hans Hermann Kardinal Groer zum 70. Geburtstag. OSB. Maria Roggendorf 1989, 404-407.

Die Wiener Regierung hat, unglücklicherweise, für eine so lange Zeit die Religion als Mittel ihrer Politik mißbraucht, daß, so würde ich meinen, fast notgedrungen der ganze böhmische Patriotismus, die ganze Nation, gleichzeitig gegen Österreich und gegen die Religion gelenkt wurden. Der böhmische Klerus hat dabei in seinen Gefühlen und seinem Geist und Einfluß auf das Volk gelitten,²⁴

urteilte Valfrè im Dezember 1918. Auch die Untätigkeit mancher Bischöfe, das erstarrte System der Ausbildung der Kleriker, die materielle Abhängigkeit der Priester vom Staat, die ihre Manipulierbarkeit erhöhte, sowie den schwachen Stand der katholischen Vereine und Medien führte Valfrè auf das ehemals postjosephinische „System der beständigen Anordnungen und Ingerenzen der zivilen Autorität in kirchlichen Angelegenheiten“, das nun „seine Früchte trägt“, zurück.²⁵ Fast überraschend klang aus dem Munde des italienischen Hocharistokraten die herbe Kritik an den Reichtümern der österreichischen und ungarischen Würdenträger und noch mehr an ihrem Unwillen, diese für die Bedürfnisse der katholischen Organisationen und der Presse auszugeben:

Die Tatsache, daß in Böhmen, in Ungarn, wo der Klerus über beachtliche Geldsummen verfügt hat, nur wenige katholische Blätter existieren, die sehr weit davon entfernt sind, den Vergleich mit den Werbemitteln in der Hand der Feinde der Kirche [...] zu bestehen, würde Anlaß für recht traurige Überlegungen bieten.²⁶

Eine weitere gewichtige Ursache der gegenwärtigen Krise in den Reihen der tschechischen Katholiken erblickte Rom im starken Einfluss der protestantisch-positivistischen Geschichtsschreibung, dem die „schwache Stimme des katholischen Historikers“ nicht entgegenzuwirken vermochte und die den Katholizismus zu marginalisieren drohte und das tschechische Volk mit vielen Vorurteilen gegen die katholische Kirche genährt habe. Sie sei ihm stets als „innig verbunden mit der Habsburgerdynastie“ und „unbeugsame Gegnerin der böhmischen Freiheit“ präsentiert worden, so dass nun nach der „nationalen Befreiung vom politischen Joch Wiens“ jene spirituelle von Rom folgen müsse.²⁷ Gerade in diesen geistigen Grundlagen, auf denen die neuen Eliten die junge Republik aufzubauen gedachten, erblickte man in Rom die größte Gefahr für den tschechischen Katholizismus. Bedrohungspotential lag also nicht so sehr in den einzelnen Gesetzen, die in ihrem realen Impetus häufig weniger kirchenfeindlich waren als die sie begleitende scharfe Rhetorik, sondern in der dahinter wirkenden staatsnationalen Ideologie, die auf liberal-laizistischem Humanismus und Fortschrittsgläubigkeit und der fast messianisch anmutenden Hochstilisierung des antikatholisch definierten nationalen Selbstbilds fußte. Aufgrund langjähriger Einwirkung durch Schule, geschriebenes Wort, Tradition und intellektuelle Auseinandersetzungen um den „Sinn der nationalen Geschichte“ hatte sie auch die Katholiken in ihren Bann gezogen oder vor das Dilemma

²⁴ AA.EE.SS., Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Valfrè an Gasparri 1.12.1918.

²⁵ *Ebenda*, Valfrè an Gasparri 8.12.1918.

²⁶ *Ebenda*.

²⁷ AA.EE.SS., Rapporti Sessioni S.C.AA.EE.SS., fasc. 73, Sessione 1231, Dezember 1919, Potenza. – Vgl. auch AA.EE.SS., Cecoslovacchia, pos. 2, fasc. 1, Micara an Gasparri am 12.7.1920 sowie die Analyse im Votum des Kardinals Scapinelli für die Konsistorialkongregation, in: AA.EE.SS., Austria 1918, pos. 1262, fasc. 509, August 1918.

gestellt, die eigene Religion im Widerspruch zur vermeintlichen *raison d'être* der Nation zu sehen.

Jene, die es vorgeben die Grundlagen der neuen Republik zu legen und die sich als große Förderer der Freiheit und Zivilisierung bekennen [...] glauben, daß das Volk um so bürgerlicher und fortschrittlicher sein wird, um so mehr es ihnen gelingt, es von der Kirche und der katholischen Moral loszulösen,

diagnostizierte Valfrè und machte diese Einflüsse dafür verantwortlich, dass viele Reformpriester bereit waren, „all das anzunehmen, was sich ihnen unter dem Deckmantel der Modernität und des Fortschritts präsentiert“ und „von den politischen Ereignissen erregt, für die Kirche die kühnsten Reformen reklamieren“, beziehungsweise dass auch anderen, nichtreformistischen Priestern die Entschlossenheit und die Durchschlagskraft fehlten, die Interessen der Kirche wirksam zu verteidigen.²⁸

Der Heilige Stuhl, dem alten katholischen Grundsatz „*Ecclesia semper reformanda est*“ getreu, wies freilich nicht alle Forderungen der Reformbewegung zurück. Unter diesen befanden sich neben unannehmbaren, weil der Lehre und der Disziplin widersprechenden Vindikationen („*Deformationen* der Kirchenordnung“) auch Anliegen („durch die Veränderung des Status quo notwendig gewordene *Reformen*“),²⁹ die man als berechtigt anerkannte und selbst schrittweise verwirklichte – so die Ablösung einiger österreichischer Würdenträger durch Tschechen oder die allmähliche Abschaffung des anachronistisch gewordenen Patronatsrechts. Entschieden verurteilt wurde jedoch die geistige Wurzel der Reformbewegung, die man in der staatsnationalen Ideologie und dem sozialen Modernismus verankert sah, sowie die Art und Weise, in der auch berechtigte Forderungen vorgetragen wurden. Dies bezog sich etwa auf das Fehlen des *sentire cum Ecclesia*, das, wie wiederholt mit Bedauern festgestellt wurde, auch die begründete Kritik in ihrer öffentlichen und in den Mitteln wenig wählerischen Form destruktiv erscheinen lasse und letztlich den antikirchlichen Kräften in die Hände spiele, indem es die Autorität der Kirche im Volk erschüttere, das Band zwischen Rom und Böhmen sowie zwischen den Bischöfen und ihrem Klerus und Gläubigen in den Intentionen der Gegner der katholischen Kirche lockere, die Aufmerksamkeit der katholischen Priester von der Verteidigung der bedrohten Interessen der Kirche wegführe und schließlich das Anwachsen der Irreligiosität und die Verdrängung des Katholizismus aus dem öffentlichen Leben in die Privatsphäre fördere. Die letztere Erscheinung, welche die Integrität des Menschen und seines moralischen Tuns in eine „innere“ und eine „öffentliche“ Sphäre zu spalten versuchte, hielten sowohl Benedikt XV. als auch sein Nachfolger Pius XI. für die „größte Plage der modernen Zeit“, die sie mit allen Mitteln zu verhindern suchten.³⁰

Die wohl tiefste Ursache der meisten Krisenerscheinungen sah der Heilige Stuhl in der unzulänglichen, den Herausforderungen der Zeit nicht mehr gewachsenen philosophischen und theologischen Ausbildung der Priester, die sie weder intellek-

²⁸ AA.EE.SS., Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Valfrè an Gasparri am 8.12.1918.

²⁹ Zur Differenzierung vgl. *Condizioni ecclesiastiche e politiche della Boemia* (vgl. Anm. 22).

³⁰ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1468, fasc. 595, Micara an Gasparri am 29.3.1920, 12.4.1920, 27.6.1920. – *Ebenda*. fasc. 595, Micara an Gasparri am 26.10.1920.

tuell noch spirituell auf den Zusammenstoß mit der modernen Welt und ihren massenwirksamen Ideologien und Verlockungen wappnete.³¹ Der mangelhaften theologischen Formation und dem daraus folgenden unzureichenden, durch den intensiven Einfluss der nationalen Geschichtsschreibung noch zusätzlich geschwächten Urteilsvermögen schrieb man in Rom auch das schwankende Verhältnis der tschechischen katholischen Priester zu Jan Hus und die Reformforderung nach dessen Rehabilitierung zu, welche die dogmatische Entfernung Hussens von der katholischen Lehre ignorierte.

Theoretisch, mit einigen eleganten Phrasen ist es möglich, den *homo politicus* vom *homo religiosus* zu spalten: Praktisch jedoch, für die große Masse, ist dies unmöglich, und Jan Hus bleibt für die böhmischen Patrioten das Symbol nationaler Rivendikationen – ein Symbol, das die römisch-katholische Kirche [...] zu vernichten versucht hatte,

schrieb der Sekretär der Wiener Nuntiatur, Norandino Torricella.³² Etwas später veröffentlichte die offiziöse Revue „La Civiltà Cattolica“ in mehreren Fortsetzungen einen langen Artikel, der in guter Kenntnis mittelalterlicher Quellen nachzuweisen suchte, dass Hus nicht wegen seiner Kritik an den damals vorhandenen Unzulänglichkeiten in der katholischen Kirche, sondern wegen seiner Übernahme des Wycliffischen Gedankenguts verurteilt worden sei. Durch eine theologische Analyse dieser Ideen versuchte die Zeitschrift der Jesuitenpatres auch die dogmatische Kluft zwischen Hus bzw. Wycliff einerseits und den lutherischen oder kalvinischen Protestanten andererseits zu demonstrieren und in den neu aufgeflamten Bemühungen um eine ‚tschechische Religion‘ einen vom politischen Subjektivismus diktierten und von innerer Widersprüchlichkeit geprägten theologischen Synkretismus zu enthüllen. Um die nationaltschechische Interpretation seiner Persönlichkeit zu widerlegen, betonte die Zeitschrift schließlich, dass sich Hus in Konstanz von den national betonten Maßnahmen gegen die deutsche Nation an der Prager Universität distanziert habe und unter seinen Anhängern und Nachfolgern auch viele Deutsche gewesen seien.³³

Während der ersten Hälfte des Jahres 1919 konstatierte der Wiener Nuntius eine zunehmende religiöse Verflachung der Reformbewegung, die weitgehende Reduktion ihrer Postulate auf die Abschaffung des Pflichtzölibats und gewisse nationale Zugeständnisse sowie eine zumindest indirekte Indienstnahme der Bewegung durch die Politik. In dieser Überzeugung sah er sich durch die Eheschließungen der bekanntesten Reformpriester, ihre Berufung in den Staatsapparat und schließlich die insgesamt 1200 Ansuchen um die Dispensierung vom Gelübde bzw. dem *impedimentum ordinis*, die dem Nuntius im September über die offizielle tschechoslowakische diplomatische Vertretung in Wien (!) überreicht worden waren, bestä-

³¹ AA.EE.SS., Cecoslovacchia 1921-1922, pos. 5, fasc. 4, 5; vgl. auch AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1464, fasc. 593, Schreiben des Papstes an die tschechischen und slowakischen Bischöfe 30.11.1921.

³² AA.EE.SS., Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Lagebericht Norandino Torricellas, Frühjahr 1919.

³³ Giovanni Hus e la Boemia (1369-1415) [Jan Hus und Böhmen (1369-1415)]. In: La Civiltà Cattolica 1 (1919) 97-110, 304-311, 466-476.

tigt.³⁴ Dennoch verlor er nicht den Blick für eine differenzierte Behandlung verschiedener Haltungen und Motivationen innerhalb der Priestervereinigung. So unterschied er zwischen den radikalen Anführern, die innerlich mit der Kirche schon gebrochen hätten und die Reformen auch um den Preis eines Schismas *via facti* durchführen wollten, der relativ zahlreichen Gruppe der vorwiegend jüngeren Priester, die – durch die intensive Propaganda irreführt – glaubten, in der Zölibatsfrage schließlich doch ein Nachgeben der Kurie zu erreichen und so mit ruhigem Gewissen eine Ehe schließen zu können, und schließlich einer großen Gruppe der einfachen Mitglieder, von denen, wie er meinte, „viele nur einen Vorwand suchen, um sie [die Jednota, E. H.] zu verlassen“.³⁵

Am 18. Juni 1919 wurde aus Prag die in der Adresse der Jednota an den Nuntius vom 3. März angekündigte Delegation nach Rom entsandt, mit dem Auftrag, die Reformanliegen der Gruppe dem Papst vorzulegen. Valfrè war zwar überzeugt, dass die Regierung der Agitation der Reformgruppe mit Sympathie gegenüberstehe und sie indirekt unterstütze, quittierte jedoch mit Anerkennung, dass sie nicht zuletzt aus außen- und innenpolitischen Gründen – es war zwei Wochen vor dem Fall der „allnationalen“ Regierung von Karel Kramář und dem Antritt des in kirchenpolitischen Fragen distanzierenden Sozialdemokraten Vlastimil Tusar – nun Zurückhaltung geübt und die Delegation mit keinem offiziellen Auftrag ausgestattet habe.³⁶

Im Bericht, in dem der Nuntius die Ankunft der Delegation ankündigte, präsentierte er die Priestervereinigung als Organisation, die kaum mehr als ein Drittel der Priesterschaft umfasse und deren Forderungen dem tschechischen katholischen Volk gleichgültig seien. In dieser Schwäche sah er den Grund für die Bemühung der Jednota, auf die katholische Volkspartei Druck auszuüben beziehungsweise ihr mit

³⁴ AA.EE.SS., Austria 1919-1920, pos. 1351, fasc. 542, Valfrè an Gasparri 26.9.1919 und 20.6.1919.

³⁵ AA.EE.SS., Austria 1919-1920, pos. 1320, fasc. 521, Valfrè an Gasparri am 6.6.1919, und ebenda, pos. 1351, fasc. 542, Valfrè an Gasparri am 20.6.1919.

³⁶ Am 16. Juni 1919 beschloss der Ministerrat auf Antrag des Unterrichtsministeriums, die Herren Kolisek, Krojher und Šanda mögen sich „mit Zustimmung der Regierung, jedoch nicht in ihrem Namen“ nach Rom begeben, um den Päpstlichen Stuhl über die Haltung des tschechoslowakischen Klerus zu informieren. In Wirklichkeit vertrat die Delegation ausschließlich den tschechischen Klerus, obgleich ihr als loses Mitglied auch ein slowakischer Priester, Marián Blaha, angeschlossen war, der allerdings mit einem selbstständigen Auftrag und unabhängig von der tschechischen Gruppe reiste und nicht alle Anliegen der Delegation teilte. Aus politischen Gründen wurden unter die Forderungen der Delegation auch Fragen eingereiht, die die Slowakei betrafen, vor allem die Ablöse der ungarischen Bischöfe, über die jedoch damals unter Vermittlung der Wiener Nuntiatur bereits seit Monaten zwischen dem Ministerium mit der vollen Macht für die Verwaltung der Slowakei und dem Heiligen Stuhl verhandelt worden war. Auf der Sitzung des Ministerrats wurde auch beschlossen, dass alle Unkosten des einmonatigen Aufenthalts einschließlich der Bahnfahrt 1. Klasse aus dem Kapitel „Vorbereitung der Friedenskonferenz“ des Staatsbudgets bestritten werden sollten. Vgl. Národní archiv Praha (NA), fond PMR, Karton 4032, Sitzung des Ministerrats am 16.6.1919. – Zur Reise der Delegation nach Rom vgl. auch *Hrabovec*: Der Heilige Stuhl und die Slowakei 175-179. – Aus einer anderen Perspektive *Frei*, Bohumil Jiří: Staat und Kirche in der Tschechoslowakei 1948-1968. Band 1. Neuried 1989, 13-14. – Zu den seit Januar 1919 selbstständig geführten Verhandlungen über die slowakischen Belange vgl. *Hrabovec*: Der Heilige Stuhl und die Slowakei 59-179.

dem Übertritt in das agrarische Lager zu drohen, um sich zumindest der Unterstützung in ihren Reihen zu versichern. Der Nuntius empfahl dem Staatssekretär, der Delegation keinen Vorwand zu liefern, den sie nach der Rückkehr in die Heimat als mögliche Hoffnung für Reformen interpretieren könnte, und riet zu einer unmissverständlichen Haltung, da die radikalen Reformer durch keine Konzessionen mehr gewonnen und die Schwankenden dadurch nur noch mehr verunsichert werden könnten.³⁷

Die Tatsache, dass die Delegierten sowohl vom Staatssekretär als auch vom Papst selbst empfangen wurden, war ein Zeichen des guten Willens. Sie wurde allerdings angesichts der sonstigen Erfolglosigkeit der Mission, die sich mit der ausweichenden, die „Erfüllung des Möglichen“ andeutenden Antwort begnügen musste, von den mit hohen Erwartungen, die sich über die Grenzen des Kirchenrechts hinwegsetzten, erfüllten und mit den kurialen Gepflogenheiten wie mit der italienischen Sprache nicht vertrauten Delegierten als solches gar nicht wahrgenommen. Für den Heiligen Stuhl war freilich ein Nachgeben in der Frage des Priesterzölibats ebenso ausgeschlossen wie in der Frage der Errichtung eines tschechoslowakischen Patriarchats. Dies hätte den Grundsätzen des Aufbaus der kirchlichen Organisation widersprochen und eine unzulässige Konzession an den tschechoslowakischen Staatsnationalismus bedeutet. Die Ablösung des Prager Erzbischofs und der ungarischen Bischöfe in der Slowakei dagegen fanden in Rom auch ohne die Intervention der Delegation breite Zustimmung. Die Aufforderung Huyns zum Rücktritt war bereits eine beschlossene Sache, die Schreiben der ungarischen Bischöfe Batthányi und Radnay, mit denen sie ihre Ämter dem Papst zur Verfügung gestellt hatten, lagen seit einigen Wochen vor. Gerade an dem Tag, an dem die Delegation die geänderte Fassung ihrer Denkschrift dem *sostituto* Tedeschini überreichte, tagte die Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, die ausdrücklich konstatierte, dass die ungarischen Bischöfe „nicht auf ihren Posten bleiben können“, und die empfahl, auf Vorschlag des Nuntius einen neuen Prager Erzbischof zu ernennen.³⁸ Die Bischofsernennungen reklamierte allerdings der Papst im Geiste des neuen Kodex des kanonischen Rechts als seine exklusive Kompetenz. Er war bereit, die lokalen Bischöfe nach ihrer Meinung und die Regierung nach etwaigen politischen Einwänden zu befragen. Nicht bereit war er jedoch, mit Repräsentanten einer Priesterorganisation ohne bischöflichen Auftrag zu verhandeln, die außerdem indirekt als Sprachrohr der Regierungswünsche auftraten und somit gerade jener staatlichen Ingerenz Vorschub leisteten, die sie in Bezug auf das alte Österreich selbst so scharf kritisierten. Diese wollte der Heilige Stuhl mit dem Fall der alten Monarchie ein für allemal begraben.

Weichenstellungen im Herbst 1919

Anfang September 1919 wurde František Kordač zum neuen Prager Erzbischof ernannt. Die Wahl fiel auf den ursprünglich Zweitgereihten, da er mehrere Voraus-

³⁷ AA.EE.SS., Austria 1919-1920, pos. 1351, fasc. 542, Valfrè an Gasparri am 20.6.1919.

³⁸ AA.EE.SS., Rapporti Sessioni S.C.AA.EE.SS., fasc. 73, Sessione 1227, 28.6.1919.

setzungen zu erfüllen schien: Er war Tscheche, entstammte einfachen Verhältnissen und wurde in den Sondierungen von einem beachtlichen Teil der außerhalb der Jednota stehenden tschechischen Priesterschaft sowie vom Ministerpräsidenten Vlastimil Tusar begrüßt. Dadurch glaubte man, dem neuen nationalen und demokratischen Staatswesen entgegengekommen zu sein. Er war darüber hinaus auch persona grata im deutschen katholischen Ambiente und schien als streng römisch gesinnter Philosophieprofessor und begabter Redner für die bevorstehende Auseinandersetzung in- und außerhalb der Kirche besonders geeignet zu sein.³⁹

Ende Oktober 1919, also zu einem Zeitpunkt, als noch keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der jungen Tschechoslowakischen Republik bestanden, wurde der päpstliche Diplomat Clemente Micara in der Funktion des Bevollmächtigten beim tschechischen und slowakischen Episkopat nach Prag entsandt. Es war eine außerordentliche Maßnahme, die seit Monaten erwogen worden war und von der Bedeutung zeugte, die man im Vatikan im Interesse der Kirche den Beziehungen zur Tschechoslowakei beimaß. Seine Aufgabe sollte unter anderem darin bestehen, dem Heiligen Stuhl dringend benötigte zuverlässige Informationen zu liefern, nach Rücksprache mit den einheimischen Würdenträgern geeignete Maßnahmen zur Verhinderung eines in Rom allgemein gefürchteten Schismas vorzuschlagen sowie andere, durch die Entstehung des neuen Staates notwendig gewordene Maßnahmen vorzubereiten. Dazu zählte vor allem die Ernennung neuer Bischöfe und die Neuabgrenzung der Diözesen, den Bischöfen bei der Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat beizustehen und längerfristig zur Wiederherstellung der in der tschechischen Gesellschaft angeschlagenen Autorität des Papstes beizutragen.⁴⁰

Micara, als ehemaliger Auditor der Wiener Nuntiatur mit der Situation der katholischen Kirche in der Republik bereits vor Antritt seiner Prager Mission relativ gut vertraut, war kein rückgewandter Traditionalist. Im Einklang mit der grundsätzlichen Linie des Benediktischen Pontifikats stand er den völkerrechtlichen und politischen Veränderungen der Nachkriegszeit sehr offen gegenüber. Obgleich hocharistokratischer Herkunft und in den höchsten diplomatischen Kreisen beheimatet, zeigte er keine Scheu, politische Kontakte über alle sozialen und politischen Barrieren hinweg zu pflegen. So unterhielt er fast freundschaftliche Beziehungen zum Sozialdemokraten Vlastimil Tusar, den er noch aus der Zeit kannte, als Tusar der erste tschechoslowakische Bevollmächtigte in Wien gewesen war. Der Regierung gegenüber sollte Micara bald Entgegenkommen und Kompromissbereitschaft zeigen und in Rom nicht wenige Male sein Wort für die Aufschiebung oder Milderung von Disziplinarmaßnahmen gegen übereifrige Reformer einlegen. Diplomatisches Geschick und Verständnis für Einzelschicksale verband er jedoch mit Grundsatztreue und Geradlinigkeit, und in allen als prinzipiell eingestuften Fragen ging er kompro-

³⁹ AA.EE.SS., Rapporti Sessioni S.C.AA.EE.SS., fasc. 73, Sessione 1231, Ponzona und Protokoll vom 14. 12. 1919.

⁴⁰ Zur Entsendung Micaras nach Prag vgl. *Hrabovec*: Der Heilige Stuhl und die Slowakei 215-221.

misslos vor. Diese Haltung bestimmte auch sein Verhältnis zur Jednota, in der er in den gegebenen Umständen „den schlimmsten Feind der katholischen Kirche in Böhmen“ erblickte, der „nicht nur eine Spaltung des Klerus herbeigeführt“, sondern „zur Verführung möglichst vieler Priester, die sie zur Apostasie treibt, beiträgt, mit allen Mitteln die bischöfliche Autorität zu schwächen sucht und das katholische Volk vom *sentire con la Chiesa* abbringt“. Für besonders bedenklich hielt er, dass sich der Leitung der Vereinigung, die seiner Einschätzung nach kaum die Hälfte der tschechischen Priesterschaft umfasste, eine reformerisch gesinnte Minderheit bemächtigt habe, deren wichtigstes Ziel die Aufhebung des Pflichtzölibats sei und die ihre nationalen Prärogative, allen voran die slawische Liturgie, nur erheben, um „den Nationalismus des Volkes zu schüren“ oder gar, im Falle der radikalsten Geister, die öffentliche Meinung auf ein Schisma vorzubereiten und sich mit nationaler Argumentation die Hilfe der Regierung zu erkaufen. Er erblickte in der Reformbewegung ein Instrument, mit dessen Hilfe die tragende politische Schicht der linksliberalen Intellektuellen versuchte, das tschechische Volk, das sich zwar der katholischen Kirche entfremdet habe, in seinem Inneren aber durchaus religiös geblieben und von der laizistischen Propaganda daher nicht so leicht mobilisierbar sei, wie es sich die Eliten erwartet hätten, vom Katholizismus loszureißen.⁴¹

Micara sah den tschechischen Katholizismus grundsätzlich zwei Gefahren ausgesetzt: der inneren Laxheit und Gleichgültigkeit und der äußeren Überanpassung an die ideologischen und materiellen Vorgaben der modernen Welt. Die kirchliche Autorität hielt er für allzu schwach, die katholische Presse für einflusslos und, das wog am schwersten, abgesehen von Ausnahmen den böhmischen Episkopat dem Ernst der Lage nicht gewachsen. Er kritisierte, dass der Ordinarius von Českú Budějovice (Budweis), Josef Antonín Hůlka, der in ihren Wurzeln antiklerikalen Agrarpartei nahe stand, die einen beträchtlichen Teil der Wählerschaft der (katholischen) Volkspartei abschöpfte und zur Schwächung des katholischen Einflusses auf dem Lande beitrug. Zudem kritisierte er, dass dieser seine Sympathien zu Hus nicht verhüllte und zu Rom auf Distanz ging. Dem Nuntius wurde gar berichtet, dass Hůlka sich vor seiner Bischofsweihe gebrüstet haben soll, niemals römischen Boden betreten zu haben. Die Diözese Hradec Králové (Königgrätz) mit dem kranken und in Abgeschiedenheit lebenden Bischof Doubrava an der Spitze bezeichnete Micara wiederum als praktisch führungslos.⁴² Mit besonderer Erbitterung warf der Diplomat einige Zeit später dem todkranken und energielosen Königgrätzer Bischof, der einst als Prager apostolischer Administrator die Jednota als interdiözesanen Verband genehmigt hatte, vor, dass er Monate nach der offiziellen kirchlichen Auflösung der Jednota selbst noch nicht aus der Organisation ausgetreten war.⁴³ In anderen Berichten gab Micara wiederum zu, dass der von ihm persönlich als Priester und als Mensch sehr geschätzte Erzbischof von Olomouc (Olmütz) Leo Freiherr von Skrbenský als altösterreichischer Hocharistokrat mit Misstrauen angesehen werde, verunsichert sei und nicht zuletzt wegen seiner geringen Aktivität sowie

⁴¹ AA.EE.SS., Austria 1918-1920, pos. 1332, fasc. 528, Micara an Gasparri am 6.12.1919.

⁴² *Ebenda*.

⁴³ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1468, fasc. 595, Micara an Gasparri am 29.3.1920.

mangelhaften Großzügigkeit bei der Unterstützung katholischer Werke nicht das volle Vertrauen des Klerus genieße. Dies wog in Micaras Augen umso schwerer, da gerade diese Diözese zu den Hochburgen der Reformideen zählte. Trotzdem empfahl Micara nicht, ihn sowie den ebenfalls einem großen Druck der Regierung ausgesetzten deutschen Bischof der Diözese Brno (Brünn), Norbert Klein, ohne schwerwiegende kanonische Gründe zur Demission zu drängen, um dadurch der antikatholisch gesinnten Regierung gegenüber nicht so leicht nachzugeben und ihre nicht um das Wohl der Kirche besorgten, sondern durch staatsnationale Interessen motivierten Forderungen zu erfüllen.⁴⁴

Als Ergebnis seiner Analyse schlug Micara dem Heiligen Stuhl drei Maßnahmen vor: Erstens sollten die Bischöfe angewiesen werden, zu einer Beratung zusammenzutreten, zweitens die Jednota aufgelöst, und drittens die Priester noch vor deren Auflösung von den Bischöfen aufgefordert werden, die Vereinigung zu verlassen.⁴⁵

Die Vorschläge Micaras wurden in Rom angenommen und die böhmischen und mährischen Bischöfe mit einem persönlichen Schreiben des Papstes bereits Anfang Januar 1920 zur Einberufung einer Konferenz aufgefordert. In Rom wurde dafür ein relativ detaillierter Vorschlag ausgearbeitet. Neben schwerwiegenden kirchenpolitischen Problemen wie Trennung von Kirche und Staat, Bischofsernennungen und kirchlicher Besitz, beinhaltete er auch kurze Anweisungen zur Frage der Disziplin des Klerus, des Zölibats und der Liturgiesprache. Es wurde darin betont, dass die Zukunft der Kirche in der neuen laizistisch gesinnten Republik von der Disziplin des Klerus abhing, und die Bischöfe wurden aufgefordert, die Aktivitäten der Jednota zu untersuchen und auf ihre Reformierbarkeit zu prüfen, beziehungsweise sie im Falle gegenteiliger Befunde aufzulösen. Weiterhin wurde empfohlen, alle Mittel zu studieren, um der gegenwärtigen Agitation in der Priesterschaft Einhalt zu gebieten und in Zukunft die Disziplin durch eine aufmerksame Auswahl der Kandidaten und ihre gründliche Ausbildung in den Seminaren zu sichern. Bemerkenswert ist schließlich, dass der Heilige Stuhl in der Frage der Liturgiesprache selbst die Initiative ergriff und den Episkopat einlud, sich dazu zu äußern, ob und welche Konzessionen er diesbezüglich für opportun hielt.⁴⁶

Die Auflösung der Jednota

Von 14. bis 17. Januar 1920 tagte in Prag die Konferenz der böhmisch-mährischen Bischöfe, die eine Reihe konkreter, von Micara begrüßter Maßnahmen beschloss. Dazu zählte die Auflösung respektive Umbildung der Jednota in der Autorität der Bischöfe unterstellte Diözesanvereinigungen, die Reform der kleinen und der großen Seminare und die Förderung katholischer Schulen, Publikationen und Vereine. Die Bischöfe baten den Papst um einige Konzessionen in der Frage der tschechi-

⁴⁴ AA.EE.SS., Austria 1919, pos. 1332, fasc. 527, Micara an Gasparri am 27.10.1919. In diesem Sinne entschieden auch die im Dezember 1919 versammelten Kardinäle der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten.

⁴⁵ AA.EE.SS., Austria 1918-1920, pos. 1332, fasc. 528, Micara an Gasparri am 6.12.1919.

⁴⁶ AA.EE.SS., Austria 1919, pos. 1356, fasc. 543.

schen Liturgie und schließlich um die Ausstattung des Prager Erzbischofs mit der Würde und der Gewalt eines Primas der Tschechoslowakischen Republik.⁴⁷

Die zuletzt genannte Forderung alarmierte den ungarischen Primas Erzbischof Csernoch, dessen direkter bischöflicher Jurisdiktion noch weite Teile der Slowakei unterstanden und dessen Primatialgewalt die gesamte Slowakei umfasste. Er appellierte an den Staatssekretär, im Hinblick auf die „gefährlichsten Bewegungen“ im tschechischen Katholizismus sowie die laizistischen Tendenzen in der sozialistischen Prager Regierung, die Jurisdiktion des Prager Erzbischofs nicht auf die Slowakei auszudehnen und dadurch nicht indirekt der Verbreitung dieser Strömungen östlich der March Vorschub zu leisten. Stattdessen sei „im Interesse der Rechtgläubigkeit“ und der kirchlichen Disziplin die kirchliche Unabhängigkeit der Slowakei von den böhmischen Ländern zu bewahren.⁴⁸ Auch ohne die Intervention des einflussreichen Kardinals, dessen Argumente trotz des unverkennbaren politischen Untertons im Interesse der Verteidigung der Integrität Ungarns aus kirchlicher Sicht nicht von der Hand zu weisen waren, bestand in der Kurie nicht die geringste Neigung, sich so einfach über historisch gewachsene Kirchenprovinzen hinwegzusetzen und die nur mehr aus alter Tradition überlieferte gewohnheitsrechtliche Ehrengewalt eines Primas neu zu stiften. Dies galt umso mehr für die Zeit vor der Unterzeichnung der Friedensverträge, als selbst mit der längst fälligen Neubesetzung der slowakischen Bischofsstühle zugewartet werden musste. Die Forderung der tschechischen Bischöfe, als Niederschlag staatsnationaler Ideologie und stiller Seitenhieb gegen die slowakische Autonomie verstanden, wurde ad acta gelegt und höchstens erwogen, Prag als dritte Instanz in kirchlichen Gerichtsällen zu konstituieren.⁴⁹

Als folgenschwerer erwiesen sich die Entscheidungen über das Schicksal der Jednota. Am 15. Januar 1920, eine Woche nach der Konstituierung der Tschechoslowakischen Nationalkirche, die aus dem radikalsten Kern der Reformbewegung hervorgegangen war, erließ die Kongregation des Heiligen Offiziums das Dekret über die Auflösung der Jednota, die dann mit einem Hirtenbrief der böhmisch-mährischen Bischöfe verkündet wurde.⁵⁰

Auch danach verfolgte Micara aufmerksam das weitere Los der Priestervereinigung und ihrer Mitglieder. Er stellte zwar fest, dass nur ein Teil der Mitglieder daraufhin aus der Union ausgetreten war, folgerte daraus allerdings nicht, dass der große Rest der Eingeschriebenen nun eine offene Resistenz gegen die Bischöfe gewählt hätte, die er im Gegenteil nur bei einer kleinen Minderheit vermutete. Er nahm lediglich an, dass die meisten simple Mitläufer gewesen seien, die durch die obrigkeitliche Auflösung ipso facto auch die eigene Mitgliedschaft beendet glaubten, vor einer ausdrücklichen Austrittserklärung jedoch aus Angst vor der Gegenreaktion ihrer engagierten Mitbrüder und vor allem dem Druck der einseitig engagierten

⁴⁷ AA.EE.SS., Austria 1920, pos. 1356, fasc. 544, Micara an Gasparri am 22. 1. 1920. – *Ebenda*, fasc. 545, lateinischer Bericht (unterzeichnet von Erzbischof Kordač) vom 10. 2. 1920 an den Heiligen Vater über die Konferenz der böhmischen und mährischen Bischöfe von 14. bis 17. 1. 1920.

⁴⁸ AA.EE.SS., Austria 1920, pos. 1356, fasc. 544, Csernoch an Gasparri am 27. 1. 1920.

⁴⁹ AA.EE.SS., Austria 1920, pos. 1356, fasc. 545, Gasparri an Csernoch am 7. 2. 1920.

⁵⁰ AA.EE.SS., Cecoslovacchia 1919-1922, pos. 2, fasc. 1, Decreto S.C.S. Officii.

öffentlichen Meinung und möglichen öffentlichen Angriffen zurückscheuten. Solche unsicheren Reaktionen schrieb Micara einerseits der Erziehung, die dem Großteil dieses Klerus zuteil geworden war, und dem Fehlen von soliden und profunden theologischen Studien, zu, andererseits

der Verbreitung der hypernationalistischen Ideen, der Propaganda der politischen Parteien, der Verherrlichung der revolutionären Ideen und schließlich der Hilfe, die die staatliche Autorität versteckterweise all dem leistet, was die Kraft der Kirche verringern kann, so daß es die allgemeine Überzeugung ist, daß ein Priester für sein materielles Wohl wesentlich besser sorgt, insbesondere hier, wo es zahlreiche Pfarrbenefizien unter staatlichem Patronat gibt, wenn er mit der *Jednota* steht und den Geist einer gewissen Unabhängigkeit von der kirchlichen Autorität zu zeigen weiß.

Auch das ehemals österreichische Staatskirchentum schloss Micara nicht aus der Verantwortung aus: „Ich verzichte darauf prüfen zu wollen, welchen verhängnisvollen Einfluß das vergangene Regime ausgeübt hat, daß diese Situation entstanden ist und gedeihen konnte.“⁵¹

Trotz dieses düsteren Bildes, das Micara von der Lage des tschechischen Katholizismus entwarf, stellte er sich voll hinter die Entscheidung der Bischöfe, für den Austritt aus der aufgelösten *Jednota* keine genaue Frist vorzuschreiben. Micara verteidigte diese Vorgehensweise mit Hinweis auf die herrschende allgemeine Konfusion der Ideen, große Aufregung in Teilen des Klerus, die ihn zu „falschen Schritten verleiten“ könnten, sowie darauf, dass die Feinde der Kirche diese schmerzliche innere Krise ausnützen würden, „um ganze Pfarrgemeinden [...] auf ihre Seite zu ziehen“.⁵²

Ein Dorn im Auge war mehreren Übereiligen die Tatsache, dass Micara nach den schwerwiegenden Entscheidungen im Januar 1920 seine Kontakte zu den Anführern der *Jednota* nicht unterbrach, sondern in einem bestimmten Sinne noch intensiverte, indem er mit ihnen, insbesondere mit František Jan Krojher und Josef Kuška, eine Reihe langer vertraulicher Gespräche führte. Darin versuchte er sie zum friedlichen Nachgeben zu bewegen. Er griff dazu sogar nationale Argumente auf und appellierte an die patriotische Pflicht der Priester, sich in für die Heimat schwierigen Zeiten – das war eine Anspielung auf die im Frühjahr 1920 sich anbahnende innen- und außenpolitische Krise der jungen Republik und noch mehr auf die von Micara diagnostizierte moralische Krise der Gesellschaft – zu geschlossenen Reihen unter der Autorität der Bischöfe zusammenzuschließen. Nicht ohne Bitterkeit hielt Micara der *Jednota* vor, dass sie in der Zeit der intensivsten Säkularisierungsbemühungen des Staates und einer weitverbreiteten Feindschaft der Gesellschaft gegenüber der katholischen Kirche kein Wort des Protestes oder der Verteidigung der Kirche erhoben, sondern lediglich ihre Eigeninteressen vertreten und ihre Zeit für Agitationen und Diskussionen über von der legitimen kirchlichen Autorität bereits entschiedene Fragen vergeudet hätte. Sie hätte zudem die Seelsorge vernachlässigt und dadurch die Position der Kirche gegenüber der staatlichen Autorität geschwächt, indirekt das Schisma begünstigt, den antikatholisch gesinnten politischen Parteien in die Hände

⁵¹ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1468, fasc. 595, Micara an Gasparri am 29.3.1920.

⁵² *Ebenda*.

gespielt und so dem Seelenheil der Gläubigen einen unermesslichen Schaden ange richtet.⁵³ Den Vorwurf einer einseitigen Bevorzugung der deutschen Priester entkräftete Micara mit der Zusicherung, dass sowohl Rom als auch die Bischöfe die Auflösung der deutschen interdiözesanen Priesterunion und ihre Umwandlung in Diözesanvereinigungen angeordnet hätten.⁵⁴

Micara gelang es nicht, die Vertreter der Jednota davon abzubringen, einen Rekurs an den Heiligen Stuhl zu richten, in dem sie das bischöfliche Urteil als mit dem Kodex des kanonischen Rechts in forma iuris nicht konform anzufechten versuchten. Um die Aufregung jedoch nicht noch mehr zu steigern und den Autoren der Berufung sowie den außerhalb der katholischen Kirche stehenden Kritikern des Vorgehens der katholischen Bischöfe keinen billigen Vorwand für weitere antikatholische Angriffe zu bieten, nahm er das Schriftstück an. Er meinte außerdem, diese Rücksicht auch jenen „zahlreichen guten Priestern“ schuldig zu sein, die sich noch in der Vereinigung befanden und ehrlich überzeugt waren, damit den Interessen der Kirche zu dienen. Diese differenzierte Sichtweise motivierte Micara schließlich zur Empfehlung, der Heilige Stuhl möge zwar den Rekurs selbst ablehnen, wohl aber die Bereitschaft zur Anerkennung der guten Absichten vieler Anhänger der Jednota zeigen.⁵⁵

Staatssekretär Gasparri hielt sich an den Vorschlag des Prager Nuntius und bestätigte formal wie inhaltlich das Vorgehen der böhmisch-mährischen Bischöfe, allerdings mit dem Vorbehalt, über die Intentionen der einzelnen Anhänger nicht urteilen zu wollen.⁵⁶ Micara legte das Schreiben vom 6. Mai 1920 umgehend dem Vorstand der Jednota vor und erklärte sich damit einverstanden, dessen Bekanntgabe der Organisation selbst zu überlassen und von einer Veröffentlichung Abstand zu nehmen. Diese abermalige Konzilianz brachte wiederum nicht die erwartete Befriedung. Der Vorstand der Jednota verweigerte die offizielle Kenntnisnahme des Schreibens mit der Begründung, sie sei nicht schriftlich erfolgt. Erst daraufhin entschlossen sich Micara und Kordač, das Dokument im Prager Erzdiözesanblatt zu publizieren.⁵⁷

Die Auseinandersetzung trat in ihre letzte und schärfste Phase. Auf die Einladung des Prager Erzbischofs zur Abhaltung von Dekanatskonferenzen, die nach Mitteln und Wegen aus der gegenwärtigen Krise suchen sollten, antwortete der Vorstand der Jednota mit einem Rundschreiben, das alle Pfarrer aufforderte, als einziges Heilmittel die Aufrechterhaltung der Priestervereinigung und Einführung der von ihr geforderten Reformen zu bezeichnen. Nach einigen gescheiterten Versuchen, die Jednota auch auf die Slowakei auszudehnen, und der Einreichung von insgesamt 200 Gesuchen um die Dispensierung vom Zölibat, die alle dem gleichen formalen Muster folgten und in Umschlägen mit dem Siegel der Jednota dem mittlerweile zum diplo-

⁵³ AA.EE.SS., Austria 1920-1922, pos. 1477, fasc. 602, Micara an Gasparri am 17.4.1920. – Siehe auch *ebenda*, Austria 1920-1921, pos. 1468, fasc. 595, Micara an Gasparri am 29.3.1920 und am 27.6.1920.

⁵⁴ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1468, fasc. 595, Micara an Gasparri am 29.3.1920.

⁵⁵ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1468, fasc. 595, Micara an Gasparri am 12.4.1920.

⁵⁶ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1468, fasc. 595, Gasparri an Micara am 6.5.1920.

⁵⁷ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1468, fasc. 596, Gasparri an Micara am 26.10.1920.

matisch akkreditierten Nuntius gewordenen Micara vorgelegt wurden, beschloss der Episkopat, die im Januar gefällten Entscheidungen sofort zu exekutieren. Die Priesterunion der deutschen Priester löste sich daraufhin auf, nicht jedoch die Jednota, die konfrontativ antwortete, dass sie von staatlicher Autorität genehmigt worden sei und daher lediglich von der Regierung aufgelöst werden könne.⁵⁸

Die Frage der nationalen Liturgiesprache

Nach der Abspaltung der Tschechoslowakischen Nationalkirche erreichte die nationalkirchliche Propaganda in der Tschechoslowakei im Frühjahr 1920 ihren Höhepunkt. Aus nationalem Gefühl oder antikatholischem Ressentiment konnte sie auf die Unterstützung sehr heterogener Kräfte zählen, die von der freisinnigen „Volná myšlenka“ (Der freie Gedanke) über diverse Gruppierungen in den sozialistischen Parteien bis zu Freimaurerorganisationen reichten und zu denen sich zumindest indirekt, durch stillschweigende Tolerierung antikatholischer Maßnahmen, Förderung der unterschwellig antikatholischen traditionellen Nationalideologie und Aufnahmen von ausgetretenen Priestern in den öffentlichen Dienst, auch der Staat selbst gesellte. Da die Frage der Volkssprache in der Liturgie eines der zentralen Argumente in der nationalkirchlichen Propaganda bildete, glaubten die böhmischen und mährischen Bischöfe, von indirekten Anregungen aus Rom bestärkt, durch Konzessionen auf diesem Gebiet der Ausbreitung der Apostasie unter den Katholiken Einhalt gebieten zu können. Im Namen des Episkopats wandte sich daher Erzbischof Kordač am 10. Februar an den Heiligen Stuhl mit der Bitte, den tschechischen Katholiken unter gewissen Voraussetzungen die Lesung der Epistel und des Evangeliums, das Spenden der Sakramente der Taufe und der Ehe sowie die Rezitation der Litaneien und Gebete bei bestimmten liturgischen Feierlichkeiten auch in der tschechischen Sprache zu ermöglichen und darüber hinaus an einigen historischen Orten die Feier der Heiligen Messe in der altkirchenslawischen Sprache zu konzedieren. Die Kardinäle der zuständigen Ritenkongregation gewährten die gewünschten Zugeständnisse, allerdings in einem Ausmaß, das zwar dem neuen Kodex des kanonischen Rechts entsprach, aber zum Teil unter der seit einigen Jahrzehnten in den böhmischen Ländern praktizierten Übung lag.⁵⁹ Erzbischof Kordač griff daraufhin zum zweiten Mal zur Feder, und seine Bittschrift wurde auch vom Nuntius Micara unterstützt. Der Nuntius war zwar überzeugt, dass die Frage der nationalen Liturgie für die allgemeine Öffentlichkeit kaum mehr als einen propagandistischen Vorwand für fortgesetzte Angriffe gegen die katholische Kirche bildete und dass der Krise in den tschechischen katholischen Reihen nicht durch weitere Konzessionen, sondern lediglich durch die innere Stärkung beizukommen wäre. Dennoch plädierte er für zulässige Zugeständnisse an das tschechische Nationalgefühl.⁶⁰ Der Papst entschied persönlich, „in Anbetracht der spezifischen Situation in der tschechoslowakischen Republik“ den Bitten Kordačs in Bezug auf die Ver-

⁵⁸ *Ebenda.*

⁵⁹ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1464, fasc. 593.

⁶⁰ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1464, fasc. 593, Micara an Gasparri am 20.5.1920.

wendung der Volkssprache stattzugeben, verwies aber die Entscheidung in der unklaren Frage der altkirchenslawischen Messfeier zum weiteren Studium an die Ritenkongregation.⁶¹

Die Kongregation beauftragte ihren Berater Girolamo Maria Mileta, einen profunden Kenner der Materie, mit einer umfassenden Analyse, die vor allem die Frage beantworten sollte, ob diesbezügliche Konzessionen nicht einen unwillkommenen Präzedenzfall für ähnliche Forderungen anderer Völker liefern würden. In seinem 24seitigen Votum sprach sich Mileta für die positive Erledigung aus und begründete es mit historischen, politischen und kirchlichen Argumenten. Er wies darauf hin, dass das Altkirchenslawische eine kirchlich anerkannte klassische und nicht mehr gesprochene Liturgiesprache sei, deren Verwendung im alten Mährischen Reich einst von den römischen Päpsten genehmigt und durch drei neuere kirchliche Dekrete für bestimmte Orte in Kroatien, Dalmatien und Serbien sowie Montenegro bestätigt worden sei. Ihre örtlich limitierte Wiedereinführung in die römische Liturgie in den böhmischen Ländern könne den Prärogativen anderer, moderner, niemals als Liturgiesprache anerkannt gewesener Sprachen daher keinen Vorschub leisten. Bemerkenswert offen und durchaus im Geiste der neuen Zeit war das Argument, dass die politischen Gründe, insbesondere die Rücksichten auf die Donaumonarchie, die einst gegen die Ausdehnung des den Südslawen gewährten Privilegs auf alle Slawen Österreich-Ungarns gesprochen hätten, mit der Veränderung der äußeren Umstände und der Konstituierung der Tschechoslowakei zum unabhängigen Staat ihre Gültigkeit verloren hätten. Schließlich versuchte Mileta nachzuweisen, dass die Gewährung der erbetenen Zugeständnisse den schismatischen Priestern, die mit nationalen Argumenten im tschechischen Volk, „dessen Nationalgefühl so stark ist“, ihre Anhängerschaft zu gewinnen suchten, eine der mächtigsten Waffen entziehen und den Tschechen nicht nur das gegenwärtige, sondern auch das historische Wohlwollen der Päpste gegenüber ihrer Nation demonstrieren würde.⁶²

Auf der Grundlage dieses Votums fällten die Kardinäle der Ritenkongregation ihre positive Entscheidung, die mit der Instruktion „*Ditionis Czeco-Slovaciae*“ vom 21. Mai 1920 dem böhmisch-mährischen Episkopat bekannt gegeben wurde.⁶³

Die Suche nach den Wegen aus der Krise

Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1920 begann sich sowohl beim Heiligen Stuhl als auch im Episkopat die Überzeugung durchzusetzen, dass der Weg aus der Krise fortan über keine Konzessionen mehr, sondern lediglich über eine scharfe Abgrenzung der katholischen Kirche von den Resten der Reformanhänger und die innere Stärkung führte.

Die Auseinandersetzungen um die Erhaltung der Jednota und die Verwirklichung ihres Reformprogramms zogen sich noch über Monate hin, waren jedoch von immer

⁶¹ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1464, fasc. 593, Gasparri an Kardinal Antonio Vico, Präfekt der Ritenkongregation am 15.5.1920.

⁶² AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1464, fasc. 593, Voto del P. Girolamo Maria Mileta 6.5.1920.

⁶³ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1464, fasc. 593.

schärferen Tönen und immer weniger Konfliktscheu geprägt. Noch zusätzlich belastet wurden sie durch die sich im Laufe des Jahres 1921 anbahnende erste schwere Krise in den Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Heiligen Stuhl. Sie wurde durch das zumindest von stillem Wohlwollen geprägte Verhalten der Prager Regierung gegenüber der Tschechoslowakischen Nationalkirche, das von der Regierung geplante und geförderte simultaneum, also die parallele Nutzung von katholischen Kirchen durch Katholiken und Angehörige der Nationalkirche, durch ihre Weigerung, die vom Heiligen Stuhl ernannten apostolischen Administratoren anzuerkennen, die Bodenreform, die angedrohte Schließung des Priesterseminars in Vidnava (Weidenau) sowie weitere Maßnahmen, die im Grunde eine Fortsetzung der postjosephinischen Politik der staatlichen Ingerenz in kirchliche Angelegenheiten unter gleichzeitiger demonstrativer Loslösung des Staates vom äußeren katholischen Gewand bedeuteten, hervorgerufen. Kurz vor dem Tod Benedikts XV. war sie bereits an die Schwelle des Abbruchs der gegenseitigen diplomatischen Beziehungen gelangt.⁶⁴

Als die trotz offizieller Auflösung weiter existierende Jednota ein neues Führungsgremium wählte und dem Nuntius ein Memorandum an den Papst vorlegte, weigerte sich dieser zum ersten Mal, das Schriftstück entgegenzunehmen. Einer der Verfasser, der im Laienstand lebende Priester und studierte Jurist Václav Choc, reagierte auf die kanonische Ermahnung der Bischöfe mit der der katholischen Glaubenslehre hohnsprechenden schriftlichen Äußerung, dass er „an nichts glaubt außer [an die] Heilige Schrift und [die] ersten sieben Konzilien“.⁶⁵ Die übrigen Verfasser antworteten mit einem in liberalen Zeitungen abgedruckten offenen Brief an die Bischöfe und einem weiteren offenen Brief an die Regierung, in dem sie die Wahl der Bischöfe durch das katholische Volk forderten, die im Mai 1921 erfolgte Ernennung des apostolischen Administrators für den slowakischen Teil der Esztergomer Erzdiözese mit Sitz in Trnava, Pavol Jantausch, kritisierten, die Errichtung eines tschechoslowakischen Patriarchats und in Hinkunft „die Verhinderung jeder Ingerenz [der Kirche, E.H.] in die inneren Angelegenheiten des Staates unter dem Vorwand der religiösen Motive“ verlangten. Das war eine offene Kampfansage an Rom, die der Nuntius mit ähnlicher Entschiedenheit heimzahlte, als er die noch zu erwartenden Apostasien als „unglücklicherweise unvermeidbar“ und als Bestandteil eines Prozesses „eine Läuterung der seinen Lauf nimmt“, bezeichnete. Micara schloss mit der Hoffnung, dass Gott „diese Prüfung verkürze und seinen barmherzigen Blick dieser unglücklichen Nation zuwende“.⁶⁶

In der Apostolischen Kurie wurde deutlicher als früher erkannt, dass die gegenwärtige Krise im tschechischen Katholizismus kein kurzlebiges Produkt des Krieges und der Nachkriegsrevolution war, sondern das Ergebnis langjähriger geistiger Einflüsse und Entwicklungen, die zur Entfremdung der Intellektuellen von der Kirche, zur Verunsicherung und Spaltung der Gläubigen und inhaltlichen Entleerung ihres

⁶⁴ AA.EE.SS., *Rapporti Sessioni S.C.AA.EE.SS.*, fasc. 74, Sessione 1244, 18.12.1921. – Vgl. auch hier weiter unten.

⁶⁵ AA.EE.SS., *Austria 1920-1921*, pos. 1468, fasc. 596, Micara an Gasparri am 16.11.1921.

⁶⁶ *Ebenda*. Die offenen Briefe wurden von der tschechischen Tagespresse veröffentlicht.

religiösen Lebens führte. Folgerichtig sahen sie das wichtigste Instrumentarium zur Überwindung der Krise nicht in einzelnen Disziplinarmaßnahmen und auch nicht im äußeren Druck auf den Staat und dessen antikatholische Ideologie, wenngleich auch disziplinarische und politisch-diplomatische Mittel eingesetzt wurden. Gedacht war vielmehr an die innere geistige Erneuerung des tschechischen Katholizismus, das heißt an die Vertiefung des Glaubens, aber auch die standesgemäße intellektuelle Vorbereitung, die Rückbesinnung auf katholische Prinzipien und Werte und ihre Umsetzung nicht nur im individuellen Leben, sondern mit Hilfe eines vielfältigen öffentlichen Einsatzes der Katholiken auch im gesellschaftlichen Leben. In diesem Sinne klang auch die Botschaft des Nuntius an die im September 1920 auf Wunsch des Papstes zusammengetretene Bischofskonferenz: Die Auseinandersetzung mit der staatlichen Ideologie und ihren Trägern, die das politische Ambiente der Republik prägten, könne lediglich durch die Demonstration der „Energie, Geschlossenheit der Katholiken als lebendige Kraft des Landes“ bestanden werden. Die Katholiken sollten aus dem Zustand der allgemeinen Trägheit herauskommen, sich organisieren, von den Bischöfen und vom Klerus für die der Kirche drohenden Gefahren sensibilisiert, in einer Zeit der allgemeinen Disziplinlosigkeit in ihrer Ergebenheit und ihren Gehorsam zu den Bischöfen und dem Heiligen Stuhl gestärkt und zum offenen Einsatz vorbereitet werden und lernen, ihre Überzeugung offen zu manifestieren.⁶⁷

Diese allgemeine Mobilisierung der Katholiken unter gleichzeitiger Hervorhebung der Rolle der Laien war durchaus nicht nur ein Mittel zur Bekämpfung der tschechischen Krise, sondern Bestandteil eines universalen päpstlichen Entwurfs, mit dem Benedikt XV. auf die Herausforderungen des neuen Zeitalters der Säkularisierung, der Massen und der politischen Ideologien reagierte und die soziale und konstitutive Natur der Religion im Hinblick auf alle Entwicklungen der Gesellschaft und der Kultur behaupten wollte. Es handelte sich um eine Initiative, die unter seinem Nachfolger Pius XI. zu einer umfassenden Vision der Befriedung und geistigen Erneuerung im Sinne der „christlichen Restauration“ der Welt weiterentwickelt wurde.⁶⁸

⁶⁷ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1458, fasc. 588, Micara an Gasparri am 1.11.1920. – Siehe auch *ebenda*, pos. 1464, fasc. 593, Micara an Gasparri am 20.5.1920.

⁶⁸ Vgl. dazu *Brezzi*, Paolo: Il momento storico del Pontificato di Pio XI. [Der historische Augenblick im Pontifikat von Pius XI.]. In: *Colombo*, Carlo/*Basadonna*, Ernesto/*Rimoldi*, Antonio/*Rovera*, Virginio (Hgg.): Pio XI nel trentesimo della morte (1939-1969) [Pius XI. dreißig Jahre nach seinem Tod]. Milano 1969, 59-82. – *Aubert*, Roger: Pio XI nel trentesimo della morte (1939-1969) [Pius XI. dreißig Jahre nach seinem Tod]. In: *Ebenda* 207-259. – *Vecchio*, Giorgio: Achille Ratti, Il movimento cattolico e lo Stato liberale [Die katholische Bewegung und der liberale Staat]. In: Achille Ratti Pape Pie XI. Actes du colloque organisé par l'École Française de Rome. Roma 1996, 69-88. – *Rumi*, Giorgio: Il cuore del Re. Spiritualità e progetto da Benedetto XV a Pio XI [Das Herz des Königs. Spiritualität und Konzept von Benedikt XV. bis zu Pius XI.]. In: *Ebenda* 279-292. – *Bouthillon*, Fabrice: D'une théologie à l'autre: Pie XI et le Christ-Roi. In: *Ebenda* 293-303. – *Veneruso*, Danilo: Il seme della pace. La cultura cattolica e il nazionalimperialismo fra le due guerre [Der Samen des Friedens. Die katholische Kultur und der nationale Imperialismus in der Zwischenkriegszeit]. Roma 1987, 22-90.

Zentrale Bedeutung maß Rom in dem angestrebten Erneuerungsprozess der Reform der Ausbildung und der Formation des Klerus bei. Die Überzeugung von der Schlüsselbedeutung der angemessenen Priesterausbildung für die innere Reform der Kirche war alten Datums und ging auf die tridentinische Tradition zurück. Sie wurde in neuerer Zeit von Leo XIII. und noch deutlicher von seinem Nachfolger Pius X., der eine allzu große Freiheit und Disziplinlosigkeit in der priesterlichen Formation für die damalige modernistische Krise verantwortlich machte und durch mehrere Enzykliken zugunsten eines streng disziplinierten und vereinheitlichten Studienreglements intervenierte, wieder aufgegriffen. Nicht ohne Schwierigkeiten und Rückschläge wurde sie den veränderten Anforderungen der neuen Zeit angepasst. Benedikt XV. setzte diese Bemühungen fort. Der unter seinem Pontifikat vervollständigte und veröffentlichte Kodex des kanonischen Rechtes postulierte ein neues Modell des priesterlichen Bildungsweges vom kleinen bis zum grundsätzlich in jeder Diözese zu gründenden großen Seminar als theologisch-spirituell-pastoraler formativer Globalinstitution, die zwar lokale, durch unterschiedliche historisch-kulturelle Traditionen bedingte Unterschiede berücksichtigen, doch in wesentlichen Zügen eine einheitliche und allgemein verpflichtende philosophisch-theologische Vorbereitung vermitteln sollte. Benedikt bemühte sich, diese Forderungen nicht auf der deklaratorischen Ebene zu belassen, sondern mit Hilfe der von ihm zu diesem Zweck gegründeten Kongregation für Seminare und Universitäten auch ihre praktische Umsetzung zu erzielen und dabei einerseits die Möglichkeiten zu nützen, welche die allgemeinen Neuerungen der Nachkriegszeit boten, andererseits gerade dadurch den mit diesen Neuerungen verbundenen Gefahren entgegenzusteuern.⁶⁹

Der Papst und seine Umgebung vom Staatssekretär über die Kardinäle der zuständigen Kongregation bis zum Nuntius und zahlreichen anderen Beobachtern in Rom wie in Böhmen und Mähren waren sich darin einig, dass der intellektuelle und spirituelle Zustand der böhmisch-mährischen Priesterschaft beklagenswert und das dort noch fortlebende österreichische Modell der Priesterausbildung dringend reformbedürftig war. Die vierjährige Studienzeit hielten sie für viel zu kurz bemessen, um eine genügende Ausbildung vor allem in der Philosophie, der Dogmatik und der Moraltheologie zu sichern, umso mehr, da kleine Seminare bis auf eine Ausnahme nicht vorhanden waren, die zukünftigen Kleriker in den weitgehend säkularisierten staatlichen Mittelschulen keine philosophische Vorbildung erhielten und die knappe Studienzeit dann durch immer mehr nichttheologische Nebenfächer in den Studienplänen belastet wurde. Der Hervorhebung qualitativer Kriterien, die Benedikt XV.

⁶⁹ Zu diesen Fragen siehe *Guasco*, Maurilio: *Seminari e clero parrocchiale* [Die Priesterseminare und der Pfarrklerus]. In: *Guasco*, Maurilio/*Guerriero*, Elio/*Traniello*, Francesco (Hgg.): *Storia della Chiesa* [Geschichte der Kirche]. Band 23: *I Cattolici nel Mondo Contemporaneo (1922-1958)* [Die Katholiken in der modernen Welt (1922-1958)]. Milano 1991, 327-336. – *Tramontin*: *Un secolo di storia della Chiesa* 36-41. – *L'ordinamento dei seminari da s. Pio X a Pio XII* [Die Ordnung der Priesterseminare von Pius X. Bis Pius XII.]. Città del Vaticano 1958. Eine Sammlung der Dokumente der Kongregation für Seminare und Universitäten, die die Ausbildung der zukünftigen Priester betrafen, ist unter dem Titel *Enchiridion Clericorum. Documenta ecclesiae futuris sacerdotibus formandis*. Città del Vaticano 1975 erschienen.

mit seinem Vorgänger teilte, entsprach es, wenn der Papst auf der Grundlage der Berichte des Nuntius trotz des katastrophalen Mangels an Priesteramtskandidaten die vielfach unselektierte Aufnahme in die dortigen theologischen Anstalten kritisierte. Auch die bescheidenen priesterlichen und wissenschaftlichen Qualitäten oder die antirömische Gesinnung mancher staatlich nominierter Professoren an universitären Fakultäten sowie die zunehmende Verwendung der Volkssprachen im Studium, die die sprachliche Fähigkeit, internationales Schrifttum zu verfolgen, verminderte und die nationalen Reibungen in den Seminaren erhöhte, wurden einer Kritik unterzogen.⁷⁰

Der Nuntius war sich der objektiven Hindernisse, die sich der Verwirklichung der Reform der Priesterausbildung in den Weg stellten, wie mangelnde finanzielle und personelle Ressourcen und Widerstand der staatlichen Autorität, durchaus bewusst. Der Staat lehnte die geplante inhaltliche Neuordnung und Verlängerung des Studiums um zwei Jahre und die Errichtung von kleinen Seminaren aus Kostengründen, aus Angst vor verringerten staatlichen Kontrollmöglichkeiten, aber auch aus grundsätzlichen Überlegungen im Hinblick auf ihre Pläne, die gesamtstaatliche Priesterausbildung in gut postjosefinischer Manier in drei Generalseminaren zu konzentrieren, entschieden ab. Eine gewichtige Ursache für die schleppende Verwirklichung der Reform erblickte Micara freilich auch in der Scheu der kirchlichen Verantwortlichen, gegebenenfalls auch Konflikte mit der Staatsmacht, der laizistisch geprägten öffentlichen Meinung und den radikalen Reformpriestern auf sich nehmen zu müssen. Diese waren unschwer voraussehbar, wenn antirömisch gesinnten Professoren gegen den Widerstand der staatlichen Kultusbehörde die *missio canonica* entzogen oder vom Staat die Übersiedlung der nach der Wende im Gebäude des Prager erzbischöflichen Seminars angesiedelten evangelischen Hus-Fakultät verlangt worden wäre. Schließlich bedauerte der Nuntius das fehlende Verständnis mancher vom alten System geprägter Männer für tiefgreifende Neuerungen:

Die Schwierigkeiten also, denen die Lösung dieser Angelegenheit begegnet, beginnen eben darin, jene, die ihre Studien hier abgelegt haben und keine anderen Systeme kennen, von der Notwendigkeit und der Urgenz einer ernsthaften und radikalen Reform zu überzeugen.⁷¹

Um die Inangriffnahme der erwünschten Reformen zu beschleunigen, erbat sich Micara Unterstützung aus Rom. Sie kam in Form eines päpstlichen Schreibens an die tschechoslowakischen Bischöfe vom 30. November 1921.⁷² Wenngleich das Schreiben für die Bischöfe der jungen Republik bestimmt und auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten war, fügten sich seine grundsätzlichen Aussagen in das Gesamtbild der Benediktischen Vision der Kirche und der Gesellschaft sowie in die nach dem Krieg neu aufgeflamnte Diskussion über das „Modell des Priesters“. Benedikt entwickelte darin seine Gedanken über das Idealbild des Priesters, der als „alter Christus“

⁷⁰ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1458, fasc. 588, Micara an Gasparri am 1.11.1920. – Ebd. Cecoslovacchia 1921-1922, pos. 5, fasc. 4, Micara an Gasparri am 7.8.1921. – AA.EE.SS., Rapporti Sessioni S.C.AA.EE.SS., fasc. 74, Sessione 1244, 18.12.1921.

⁷¹ AA.EE.SS., Cecoslovacchia 1921-1922, pos. 5, fasc. 5, Micara an Gasparri am 30.11.1921. – Siehe auch *ebenda*, pos. 5, fasc. 4, Micara an Gasparri am 7.8.1921.

⁷² AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1464, fasc. 593, Schreiben Benedikt XV. an František Kordač, Antonín Cyril Stojan und andere tschechoslowakischen Bischöfe vom 30.11.1921.

zugleich Lehrer, Seelenarzt und guter Hirte sein sollte und sein erhabenes Amt nur auszuüben vermochte, wenn er in der Theologie versiert und von einer echten Frömmigkeit erfüllt war. Auf dieses Ideal sollte auch die gesamte priesterliche Formation hinarbeiten und auf der Grundlage der weiterentwickelten borromäischen Dreieinigkeit von Frömmigkeit, Studium und Disziplin die Verknüpfung der beiden konstitutiven Elemente der priesterlichen Formation, des intellektuell-spirituellen und des pastoralen, verwirklichen. Dadurch sollte eine Priestergeneration herangezogen werden, die entsprechend dem Geist der Zeit Glauben und Wissenschaft vereinbaren, die wissenschaftlichen Errungenschaften nützen, zugleich eine tiefe Spiritualität und pastorale Flexibilität entwickeln sollte.⁷³ Diese Prämissen, wenngleich ohne explizite Erwähnung, bildeten das ideelle Gerüst des päpstlichen Schreibens, in dem Benedikt XV. seine bereits mehrere Male, zuletzt anlässlich des tschechoslowakischen Pilgerzugs nach Rom im Oktober 1921 ausgesprochene Überzeugung wiederholte, dass die Wurzeln der großen Krise im tschechischen Katholizismus in der unzureichenden wissenschaftlichen und spirituellen Formation eines Teils des Klerus zu suchen waren. In indirekter, aber klarer Ablehnung der auch von einem Teil der Bischöfe unterstützten staatlichen Konzentrationspläne ermahnte der Papst dazu, konform mit den Bestimmungen des Kodex sowie den Propositionen der Kongregation für Seminare und Universitäten vom 26. April 1920 in jeder Diözese ein eigenes Seminar beziehungsweise im Falle kleiner und armer Bistümer interdiözesane Seminare zu errichten, die Studienpläne, Aufnahmebedingungen, Vergabe der Ämter und Würden sowie die Disziplin in den priesterlichen Ausbildungsstätten gründlich zu reformieren und dem Theologiestudium ein zweijähriges philosophisches Propädeutikum zur Vermittlung der wesentlichen Inhalte der tomistischen Philosophie voranzustellen. Der Papst verpflichtete die Bischöfe, mit ihren Diözesanseminaren im unmittelbaren persönlichen Kontakt zu bleiben und die spirituellen und wissenschaftlichen Fortschritte der Priesteramtskandidaten aufmerksam zu verfolgen. Es entsprach auch ganz dem Geist und den Zielsetzungen des Benediktischen und nachfolgenden Pisanischen Pontifikats, wenn das päpstliche Schreiben zum Schluss seinen Adressaten dringend ans Herz legte, die besten ihrer Kleriker in das neu zu belebende Collegium Bohemicum (später ins Nepomucenum) zu schicken, um sie in nationaler Tradition und Sprache, aber im römischen Geist zu einer die Universalität der katholischen Kirche verkörpernden priesterlichen Elite zu erziehen. Dies galt auch, wenn es in der würdigen Vorbereitung der Priesterschaft auf ihren Beruf schließlich die beste Erfolgsgarantie jener diesen beiden Päpsten so teuren Mission erblickte, die diese den katholischen slawischen Völkern anvertraut sah und die in ihrer langfristigen Perspektive auf die Überwindung der östlichen Kirchenspaltung abgezielt war.⁷⁴

Der Heilige Stuhl und die Tschechoslowakische Volkspartei

Die Geschichte von den Beziehungen der Kirche zu jenen politischen Organisationen, die sich auf christlich-katholische Grundsätze beriefen beziehungsweise die

⁷³ Vgl. *Guasco*: *Seminari e clero parrocchiale* 329-331.

⁷⁴ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1464, fasc. 593.

Interessen der katholischen Kirche in ihre Programme schrieben, war seit ihrem Beginn von Spannungen unterschiedlicher Art begleitet. Diese ergaben sich vor allem aus zwei Tatsachen: zum einen durch die von der Kirche immer deutlicher akzeptierten Autonomie des Temporalen, zum anderen aufgrund ihrer Befürchtung, mit (partei)politischen Interessen identifiziert und für politische Kompromisse mit Gegnern der katholischen Kirche verantwortlich gemacht zu werden. Hier ist die Wurzel jener Distanz zu suchen, die die Päpste seit dem Aufkommen der ersten interessenspolitisch definierten katholischen Organisationen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts diesen gegenüber wahrten. Dies galt auch, wenn sie ihre Entstehung, in Abhängigkeit von konkreten historischen Bedingungen und von Staat zu Staat unterschiedlich, durchaus begrüßten und die für die Kirche positiven Resultate ihrer Tätigkeit anerkannten, ohne freilich jemals die eigene soziale oder kirchenpolitische Initiative an diese zu binden oder sich die Freiheit nehmen zu lassen, im Interesse der Religion auch mit anderen politischen Kräften oder dem Staat selbst in direkte Verhandlungen zu treten.

Mit diesem Vorbehalt, aber dennoch mit Sympathie und Hoffnung blickte Benedikt XV., der Papst, der das auf die italienischen Katholiken bezogene *non expedit* seiner Vorgänger aufhob und somit die Gründung des „Partito popolare italiano“ mit ermöglichte, auch auf die katholischen parteipolitischen Organisationen in der jungen Tschechoslowakischen Republik. Im Sinne der zitierten päpstlichen Instruktion vom 8. November 1918⁷⁵ knüpfte Nuntius Valfrè noch im gleichen Monat erste Beziehungen zu Vertretern des katholischen Parlamentsklubs in der Prager Nationalversammlung. Am 25. November empfing er in der Nuntiatur den Vorsitzenden der Gruppe der katholischen Priesterparlamentarier, Antonín Cyril Stojan, der gekommen war, um sich über die grundsätzliche Haltung des Heiligen Stuhls zu den Veränderungen in Mitteleuropa zu informieren und Valfrès Meinung über die einschlagende Richtung in der katholischen Parteipolitik zu erfragen. Der Nuntius betonte die „guten Dispositionen“ des Papstes zur jungen Republik. Er empfahl dem katholischen Politiker, angesichts der starken antikatholischen Welle im Lande und der kaum erfolgsversprechenden Minderheitenstellung der Katholiken im Parlament den Standpunkt zu vertreten, wonach die provisorische, lediglich ernannte Nationalversammlung sich auf ihre eigentliche Aufgabe – die Vorbereitung der Wahlen – beschränken und die Lösung prinzipieller kirchenpolitischer Fragen der aus ordentlichen Wahlen hervorgegangenen parlamentarischen Versammlung überlassen sollte. Davon erwarteten sich der Nuntius sowie viele katholische Politiker nicht zuletzt dank des Beitrags der überwiegend katholischen Slowakei eine Konsolidierung der katholischen politischen Kräfte in der Republik.⁷⁶

Die Aufschiebung kirchenpolitischer Gesetzgebung in die Zeit nach den Wahlen gelang nicht, und der erste päpstliche Vertreter in Prag, Clemente Micara, sah sich bereits wenige Wochen nach seiner Ankunft in der neuen Hauptstadt mit der noch auf dem Boden der provisorischen Nationalversammlung auszutragenden Ausein-

⁷⁵ Austria 1918-1920, pos. 1336, fasc. 529, Telegramm des Staatssekretärs Gasparri an Nuntius Valfrè am 8. 11. 1918.

⁷⁶ AA.EE.SS., Austria 1918-1919, pos. 1320, fasc. 519, Valfrè an Gasparri am 25. 11. 1918.

andersetzung um die Verfassung der Republik konfrontiert. Im Ringen um die Vermeidung der verfassungsrechtlichen Verankerung der Trennung von Kirche und Staat erbot sich Micara, beim Außenminister Edvard Beneš und dem ihm persönlich gut bekannten Ministerpräsidenten Tusar zu intervenieren, zog jedoch sein Angebot auf ausdrücklichen Wunsch des Vorsitzenden des Parlamentarischen Klubs der Tschechoslowakischen Volkspartei, Jan Šrámek, der innenpolitische Komplikationen befürchtet hatte, zurück.

So blieb der Nuntius politisch passiv, aber stets gut informiert. Als er am Morgen des 29. Februar 1920 im Bericht an den Staatssekretär meldete, dass der Trennungsartikel aus dem Verfassungsentwurf ersatzlos gestrichen worden sei, schilderte er ziemlich präzise auch den Hergang dieses politischen Erfolgs. Er führte ihn auf einen Kompromiss zwischen Šrámek und der agrarisch-sozialistischen Koalition zurück, mit dem die Volkspartei ihre Opposition gegen die Regierung aufgegeben und sich bereit erklärt hätte, für die Verfassung zu stimmen und so ihre Annahme noch vor den Wahlen zu retten. Als Gegenleistung dafür habe sie die verfassungsmäßige Separation von Kirche und Staat verhindern und dem freidenkerisch-protestantischen Kreis um Präsident Masaryk eine Niederlage bereiten können.⁷⁷

Im September 1920 bahnte sich in der Tschechoslowakei eine neue Regierungskrise an. Die rot-grüne Koalition, belastet durch innen- und außenpolitische Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem polnisch-russischen Krieg und den revolutionären Ambitionen der kommunistischen Linken in der Sozialdemokratie, schlitterte ihrem Ende entgegen und machte Mitte September dem Beamtenkabinett Černý Platz. Der Präsident und seine Umgebung und für eine gewisse Zeit auch die Agrarier bemühten sich darum, eine Neuauflage der alten rot-grünen Regierung ins Leben zu rufen, um eine allnationale Koalition und mit ihr den Regierungsantritt der Volkspartei und der liberal-konservativen Nationaldemokraten zu verhindern.⁷⁸ In dieser Situation versuchte der engste Vertraute des Präsidenten in der Regierung, Außenminister Beneš, dem ressortmäßig die Verhandlungsführung mit dem Nuntius oblag, dem Heiligen Stuhl die Kandidatur Jan Šrámeks auf den vakanten Olmützer Erzbischofsstuhl aufzudrängen und auf diese Weise den unbequem gewordenen politischen Gegner, der als Bischof sämtliche politische Funktionen hätte aufgeben müssen, loszuwerden und die Positionen der Volkspartei entscheidend zu erschüttern. Micara durchschaute das Spiel rasch und berichtete nach Rom, dass die Regierung mit dieser Kandidatur „die katholischen Parlamentarier ihres Hauptes berauben wollte, das das parlamentarische Getriebe bestens kennt und sie in diesem chaotischen Parlament ganz gut zu führen weiß“.⁷⁹

Šrámeks Name wurde nicht in die Kandidatenliste der Nuntiaturn aufgenommen. Aus grundsätzlichen Überlegungen, um den Präntentionen der Regierung auf die Nominationsrechte keinen Vorschub zu leisten, aber auch um die Volkspartei in der politisch schwierigen Situation vor dem Verlust ihrer führenden Persönlichkeit

⁷⁷ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1476, fasc. 600, Micara an Gasparri am 28.2.1920 mit Zusatz vom 29.2.1920.

⁷⁸ Klimek, Antonín: *Boj o Hrad. 1. Hrad a Pětka (1918-1926)* [Der Kampf um die Burg. Band 1. Die Burg und die Pětka (1918-1926)]. Praha 1996, 140-142, 172-173.

⁷⁹ AA.EE.SS., Austria 1920-1922, pos. 1487, fasc. 614, Micara an Gasparri 23.9.1920.

zu bewahren. Ausschlaggebend waren freilich innerkirchliche Gründe, da andere, kirchlich ausgewiesene Männer für das hohe Amt des Olmützer Erzbischofs geeigneter erschienen als der mährische Volksparteiführer, der vom Nuntius zwar auch als „guter, intelligenter und eifriger Priester“ gelobt,⁸⁰ vor allem jedoch als Politiker geschätzt wurde, der zufriedenstellend seine katholische parlamentarische Gruppe leite, bei seinen Parlamentskollegen auch von anderen Parteien eine Autorität genieße und von der Regierung häufig konsultiert werde. Er würde noch „brauchbare Dienste“ leisten können,⁸¹ indem er an der Spitze der Partei bleiben würde, die zwar „viele Unzulänglichkeiten aufweist“, in der sich jedoch „viele ernsthafte Personen befinden, die nichts anderes wünschen, als für die Kirche [...] zu arbeiten“.⁸²

Von den insgesamt vier vom Nuntius vorgeschlagenen Kandidaten wurde schließlich der allseits geschätzte Antonín Cyril Stojan ernannt, bezeichnenderweise nicht durch die traditionelle Wahl des Kapitels, sondern durch direkte päpstliche Nomination. Dadurch sollte auch gegenüber kirchlichen Institutionen das exklusive Recht des Papstes auf Bischofsnennungen manifestiert, vor allem jedoch Interventionen der Regierung bei den Domherren verhindert und einer möglichen Kritik der tschechischen Katholiken an der Parteilichkeit der überwiegend deutsch-polnischen, aristokratischen Würdenträger der Boden entzogen werden. Schließlich sollte die Gelegenheit genutzt werden, durch die Ernennung des bei der Bevölkerung beliebten Tschechen das Prestige des Papstes in der tschechischen Nation zu heben.⁸³

Etwa ein Jahr später, im Herbst 1921, demissionierte das politisch untragbar gewordene Beamtenkabinet. Der neuen „allnationalen“ (genauer „altschechischen“, um drei zentralistisch gesinnte slowakische Minister erweiterten) Regierungskoalition trat auch die (tschechische) Tschechoslowakische Volkspartei bei. Die erste Reaktion des päpstlichen Beobachters in Prag war zunächst abwartend-positiv und entsprach so der damaligen Anschauung des Heiligen Stuhls. Dieser war bereit, die Beteiligung katholischer Parteien an Koalitionen mit ideologisch kirchenfeindlichen politischen Gruppierungen zu tolerieren, solange nicht erst durch ihren Eintritt die Herrschaft dieser Kräfte ermöglicht werde, sondern im Gegenteil durch ihre Beteiligung an der Regierung der auch ohne sie bereits vorherrschenden liberal-sozialistischen Koalition die antikirchliche Spitze genommen und der Schaden für die Kirche begrenzt werden konnte. So hoffte Micara, dass die Präsenz der Katholiken in der Regierung eine allmähliche Abwendung vom antikatholischen Kurs bewirken werde, und sah vor allem in der Person des Ministers Šrámek, dem er zubilligte, ein „vorausschauender politischer Mensch“ zu sein, einen konkreten Hoffnungsschimmer. In Überschätzung der Bedeutung des Justizressorts glaubte Micara zuerst auch, dass die Besetzung dieses Portefeuilles durch einen Katholiken die Restitution der von der Nationalkirche besetzten katholischen Kirchen beschleunigen werde.⁸⁴

⁸⁰ AA.EE.SS., Austria 1920-1922, pos. 1487, fasc. 614, Micara an Gasparri 7.11.1920. Siehe auch *ebenda*, Micara an Gasparri 23.9.1920.

⁸¹ AA.EE.SS., Austria 1920-1922, pos. 1487, fasc. 614, Micara an Gasparri 29.12.1920.

⁸² AA.EE.SS., Austria 1920-1922, pos. 1487, fasc. 614, Micara an Gasparri 31.9.1920.

⁸³ AA.EE.SS., Austria 1920-1922, pos. 1487, fasc. 614, Micara an Gasparri am 23.9.1920, 31.9.1920 und 7.11.1920 sowie *ebenda*, Gasparri an Micara am 10.11.1920.

⁸⁴ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1476, fasc. 601, Micara an Gasparri am 3.10.1921.

Erneut erwies sich Micara als guter Kenner der Prager innenpolitischen Szene, als er dem Staatssekretär die dem Regierungseintritt der Katholiken vorausgegangenen Annäherungsversuche zwischen den tschechischen sozialistischen und linksliberalen Parteien und ihren deutschen Pendanten als einen Präsident Masaryk und seinem „Burgkreis“ massiv unterstützten Versuch darstellte, die Katholiken von der Regierungsbildung auszuschließen und durch die Beteiligung der linken Deutschen am Kabinett nicht nur die offene deutsche Frage zu entschärfen, sondern auch eine ideologisch viel homogenere Regierung zu bilden, als es die „allnationale“ Koalition jemals sein konnte. Auch um die Bildung eines solchen Kabinetts als „schwere Gefahr für die Kirche“ zu verhindern und die Bemühungen Masaryks und Benešs, die er als „zwei unversöhnliche Feinde der Religion“ einschätzte, zu vereiteln, begrüßte der Nuntius – wohl auch unter dem Einfluss der Argumentation von Šrámek – die Präsenz der Katholiken in der Regierung.⁸⁵ Die Mitverantwortung der Volkspartei für die kirchenpolitischen Punkte des Regierungsprogramms, die auch die Trennung von Kirche und Staat beinhalteten, schien ihm zwar recht problematisch. Aber im guten Glauben, durch die Beteiligung der katholischen Minister an der Regierung könnten zumindest fundamentale kirchliche Rechte und Freiheiten gerettet werden, ließ man Šrámek zuerst gewähren.⁸⁶

Doch schon wenige Tage später erhob sich gegen ihn und seine Partei bittere Kritik, die im Kontext der bereits erwähnten ersten schweren Krise der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Tschechoslowakei noch zusätzlich an Bedeutung gewann. Den unmittelbaren Anlass bot der Austritt der Slowakischen Volkspartei aus dem gemeinsamen katholischen Parlamentsklub, wodurch die bereits seit einiger Zeit laufende tschechische innerparteiliche und innerkirchliche Diskussion über das Verhältnis zur Regierung und die Richtigkeit des Regierungseintritts neue Nahrung erhielt. Der Nuntius begann in seinen Berichten deutlicher zu unterstreichen, dass die Entscheidung über den Regierungseintritt lediglich von einem Teil der Parteimitglieder und Abgeordneten bejaht worden sei. Diese um Šrámek gescharte Gruppe sei überzeugt, durch die aktive Teilnahme am politischen Geschäft der katholischen Causa besser zu dienen und einen politischen Linksruck sowie die Herausbildung einer prononciert antikirchlichen Koalition zu verhindern. Ihre Gegner wiederum würden die Aussichten auf eine positive Änderung der Kirchenpolitik der Regierung angesichts der Präsenz der kirchenfeindlichen Kräfte, allen voran Beneš selbst, sowie der dahinter stehenden geistigen Patenschaft des Staatspräsidenten, sehr gering einschätzen. Sie würden befürchten, dass die unvorsichtige Übernahme der Mitverantwortung für vergangene und zukünftige Taten der Regierungskoalition die Partei entweder kompromittieren oder umgekehrt das Misstrauen der Katholiken gegenüber der liberal-sozialistischen Staatspolitik abstupfen würde. In beiden Fällen würde sie jedoch aus kirchlicher Sicht kontraproduktiv wirken.⁸⁷

⁸⁵ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1476, fasc. 601, Micara an Gasparri am 28.11.1921.

⁸⁶ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1476, fasc. 601, Micara an Gasparri am 3.10.1921. – Vgl. auch AMZV, PZ – Vatikán 1921, Sammelbericht vom 8.12.1921.

⁸⁷ AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1476, fasc. 601, Micara an Gasparri am 8.12.1921.

Durch seine entschiedene Parteinahme zugunsten der in die Opposition gegangenen Slowaken ließ der Nuntius keine Zweifel daran aufkommen, welcher Position er zuneigte. Micaras Plädoyer für die slowakische Autonomie, in der er einen besseren Schutz der kirchlich-religiösen Interessen der Slowaken sah als in einem unitaristischen Staat, war freilich nicht neu, sondern gehörte, in Anknüpfung an die Positionen seines ehemaligen Wiener Vorgesetzten Valfrè, von Anfang an zu seiner Überzeugung.⁸⁸ Micara rechtfertigte die Entscheidung der Slowaken, den gemeinsamen politischen Haushalt mit der tschechischen Schwesterpartei aufzukündigen, damit, dass sie bei einer Regierungsbeteiligung das Hauptziel ihrer politischen Aspirationen, die Autonomie, kompromittiert gesehen hätten. Sie wären so zum Anhängsel einer tschechischen Majorität geworden, die „von Menschen aller Couleur gebildet [...] keine Autonomie konzederen will“, sowie zum Opfer der „Kompromißtaktik von Mons. Šrámek, der nur bemüht ist, der Regierung keine Unannehmlichkeiten zu bereiten und ihr zu demonstrieren, daß er in seinem Gefolge eine geschlossene und gehorsame Gruppe hat, ohne sich sehr darum zu kümmern, welche Opfer dies verlangt“. Micara billigte dem kompromisslos romtreuen und wenig konfliktscheuen Führer der slowakischen Volkspartei, Andrej Hlinka, mehr Standhaftigkeit bei der Verteidigung kirchlicher Interessen zu und warf Šrámek umgekehrt vor, sich nun „völlig in den Einflußbereich der Regierung begeben zu haben und einen übertriebenen Nationalismus zu demonstrieren, mit dem Ergebnis, daß die tschechische katholische Partei nun, zusammen mit jener des Herrn Kramář, für die von allen am meisten nationalistische gehalten wird“. Micara machte nun in erster Linie Šrámek dafür verantwortlich, dass die Katholiken der Republik, im Unterschied zu den sich einander immer mehr annähernden tschechischen und deutschen Sozialisten, gespaltenere waren als je zuvor. Bitter kritisierte er auch die Tendenz Šrámeks, sich zum alleinigen Vertreter katholischer Interessen zu erheben und sogar gegenüber dem tschechischen Episkopat seine Autorität behaupten und den Bischöfen ihre Aktivität diktieren zu wollen. Für eine josephinisch anmutende Anmaßung hielt es Micara schließlich, dass Šrámek und seine Umgebung gar den Anspruch angemeldet hatten, im Nominationsverfahren der Bischöfe gefragt zu werden. Konkreten Anlass bot hier die Errichtung der apostolischen Administratur für den slowakischen Teil der Esztergomer Erzdiözese mit dem Sitz in Trnava, an deren Spitze Šrámek im Widerspruch zur päpstlichen Wahl und zum Willen der slowakischen Katholiken, jedoch im Gleichklang mit dem tschechoslowakischen Außenminister einen regierungstreuen, der slowakischen Volkspartei fernstehenden und den Esztergomer Erzbischof ignorierenden Prälaten sehen wollte.⁸⁹

Im Herbst 1921 gerieten die seit längerer Zeit angespannten Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Tschechoslowakei in eine tiefe Krise. Hinzu kam, dass sich bei manchen Repräsentanten der vatikanischen Diplomatie, die zwar nicht ohne Unsicherheit, aber mit Elan im Winter 1918/1919 die Beziehungen zu der jungen Republik geknüpft hatte, in Anbetracht der zermürenden Schwierigkeiten, mit

⁸⁸ *Hrabovec*: Der Heilige Stuhl und die Slowakei 93-95.

⁸⁹ *Ebenda*. – Vgl. auch AMZV, PZ - Vatikán 1921, Bericht vom 31.10.1921.

denen sie zu kämpfen hatten, ein gewisses Frustrationsgefühl einstellte. Nuntius Micara, im Herbst 1919 mit viel gutem Willen nach Prag gekommen, fühlte sich an seinem Wirkungsort zunehmend isoliert und ignoriert und litt sichtlich unter der Erfolglosigkeit vieler seiner Bemühungen und den vielfachen Anfeindungen, die ihn in seiner exponierten Stellung von allen Seiten trafen.⁹⁰

Die konkreten Gravamina, die im ausgehenden Jahr 1921 die beiderseitigen Beziehungen zwischen Prag und dem Vatikan belasteten, waren nicht neu, erhielten aber durch das Gefühl der allgemeinen Zermürbung eine neue politische Wirksamkeit.⁹¹ Besonders empfindlich reagierte der Heilige Stuhl auf alle Formen der direkten oder indirekten Unterstützung der Reformpriester und der von der katholischen Kirche abgefallenen Nationalkirche. Hinzu kam die schleppende Restitution katholischer Kirchen an ihre ursprünglichen Eigentümer, die Ingerenz der Regierung in die Bischofsernennungen und ihre politisch motivierten Indiskretionen bei der Veröffentlichung der Namen der Kandidaten, die Verschleppung der von der Prager Regierung als *conditio sine qua non* der Ernennung der slowakischen Bischöfe zugesicherten Pensionszahlungen an die zurückgetretenen ungarischen Ordinarien, die ungelöste Frage der durch Bodenreform, Trennungspläne und intendierte Bildung eines Kirchenfonds bedrohten Kirchengüter und die Konzentrationspläne der Regierung im Bereich der theologischen Bildungsstätten, die den politischen Zweck verfolgten, die Theologenausbildung vom Staat effektiver überwachen zu können, die Bindungen an die Bischöfe zu lockern, finanzielle Mittel zu sparen und die Gebäude der aufgelösten Seminare für den Staat zu kassieren. Zu diesen zentralen Problemen gesellte sich eine Reihe mehr oder minder gewichtiger Nadelstiche, mit denen sich die katholische Kirche traktiert sah: Verbale Ausfälle in den Medien, eine antikatholische Propaganda im Vorfeld der Volkszählung, der beständige Druck auf katholische Schulen, der Ausschluss katholischer Studenten von der Teilnahme am internationalen studentischen Kongress in Prag im Frühjahr 1921, die staatliche Förderung des weltanschaulich antikatholisch geprägten Turnvereines Sokol [Falke] und schließlich das Verhalten des Staatspräsidenten, der sich beispielsweise demonstrativ weigerte, während seiner offiziellen Romreise um eine Audienz beim Papst anzusuchen.⁹² Und über allem schien dem Heiligen Stuhl ein teils versteckter, teils manifester, jedoch omnipräsenter antikatholischer Grundtenor des politischen Lebens und der staatlichen Ideologie der jungen Republik zu schweben.

Das Fass zum Überlaufen brachte schließlich die in Anwesenheit der gesamten Belegschaft der tschechoslowakischen diplomatischen Repräsentanz in Belgrad

⁹⁰ ASV., Arch.Nunz. Cecoslovacchia, pos. XVI-G, scatola 58, Micara an Fischer Colbrice am 2.3.1921.

⁹¹ Die folgende Zusammenstellung stützt sich, wenn nicht anders angegeben, auf den umfassenden Materialienbericht der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, den alle Kardinäle als Unterlage vor der großen Krisensitzung am 18.12.1921 bekommen hatten. In: AA.EE.SS., Rapporti Sessioni AA.EE.S., fasc. 74, Sessione 1244, 18.12.1921, Materialienbericht. – Vgl. auch *Hrabovec*: Der Heilige Stuhl und die Slowakei 371-377.

⁹² AA.EE.SS., Austria 1920-1921, pos. 1477, fasc. 602, Micara an am Gasparri 5.4.1921 und am 25.5.1921.

erfolgte Bischofsweihe eines der Gründer der Nationalkirche, Matěj Pavlík. Der Heilige Stuhl interpretierte diese Ereignisse als offizielles Bekenntnis des tschechoslowakischen Staates zur Nationalkirche und als Beleidigung des Oberhauptes der katholischen Kirche und der überwiegenden Mehrheit der tschechoslowakischen Bevölkerung, die dieser Kirche nach wie vor angehörte.⁹³

Die Situation erschien im Staatssekretariat als so ernst, dass für den 18. Dezember 1921 eine Krisensitzung der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten einberufen wurde.⁹⁴ Die Kardinäle waren sich darin einig, dass der Augenblick „ernst und historisch“ und „die „schlechte Intention der Regierung evident“ sei und die Notwendigkeit bestehe, „stark und klar zu sprechen“. Mehrmals fiel das Wort vom unumgänglichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen, obgleich auch Bedenken geäußert wurden, dass es nicht opportun wäre, sofort zur äußersten Maßnahme des diplomatischen Bruchs zu schreiten, sondern ratsam, einen günstigeren Augenblick und einen konkreten, allgemein verständlichen Anlass abzuwarten.⁹⁵ Auf Vorschlag des bedacht-pragmatischen Staatssekretärs Gasparri einigte man sich schließlich dahingehend, Prag zuerst eine Sammelprestnote zu übergeben und mit weitergehenden Maßnahmen vorerst abzuwarten.

Im Laufe der offenen Diskussion fiel auch der Name Šrámek, der insbesondere vom österreichischen Kardinal Andreas Frühwirth als „Monsignore und Sozialist“ mit bedenklichen soziologischen Ideen und als Politiker kritisiert wurde, der allzu leicht katholische Prinzipien auf dem Altar der politischen Opportunität opfere. Die Kardinäle entschieden, dem Priesterpolitiker in der Form eines tadelnden Briefes eine offizielle Rüge zu erteilen.⁹⁶ Am 28. Dezember 1921 beauftragte der Kardinalstaatssekretär den Prager Nuntius, Jan Šrámek einen von ihm persönlich verfassten Brief zu übermitteln, in dem er seine Missbilligung der politischen Tätigkeit Šrámeks, der „aus politischer Rücksicht das Wohl der Kirche und der Seelen in die zweite Linie zurückstellte“, ausdrückte.⁹⁷ Wenige Wochen später starb Benedikt XV. Die Gestaltung des schwierigen Verhältnisses zum tschechischen Katholizismus übernahm sein Nachfolger Achille Ratti, Papst Pius XI.

⁹³ *Ebenda*. Bericht des Chargé d'affaires des Heiligen Stuhls in Prag, Arata, an Gasparri am 8.10.1921 über Gespräch mit Beneš. – Vgl. auch AA.EE.SS., Cecoslovacchia 1919-1922, pos. 2, fasc. 1, Telegrammwechsel zwischen Gasparri einerseits und dem apostolischen Nuntius in Belgrad, Francesco Cherubini, sowie den Gesandten des SHS-Königreiches und der Tschechoslowakei beim Heiligen Stuhl, Bakotić und Krofta, andererseits vom 4.10. und 5.10.1921. Gasparri protestierte darin gegen die offizielle Teilnahme der Belgrader Regierung bzw. des tschechoslowakischen Gesandtschaftspersonals an den Feierlichkeiten zu Ehren Pavlíks.

⁹⁴ AA.EE.SS., Rapporti Sessioni AA.EE.S., fasc. 74, Sessione 1244, 18.12.1921, Materialienbericht.

⁹⁵ AA.EE.SS., Rapporti Sessioni AA.EE.S., fasc. 74, Sessione 1244, 18.12.1921, Sitzungsprotokoll.

⁹⁶ AA.EE.SS., Rapporti Sessioni S.C. AA.EE.SS., fasc. 74, Sessione 1244, 18.12.1921.

⁹⁷ AA.EE.SS., Cecoslovacchia 1920-1922, pos. 2, fasc. 2, Gasparri an Micara am 28.12.1921 und am 29.12.1921.